

# Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der  
Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

XXXII. Jahrgang

Berlin, 1. Juni 1928

Nummer 22

## Inhaltsverzeichnis

Moderne wirtschaftspolitische Schlagworte — ihr Sinn und ihre Berechtigung .....	J. B.
Gesundheitliche Industriekontrolle .....	Chr. Schmitz
Gesellschaftlicher Fortschritt und sozialer Aufstieg .....	Mattutat
Die Heilfürsorge in der Invalidenversicherung im Jahre 1928 .....	•••
Lohnregelung für die Reichs- und preussischen Wasserbauarbeiter .....	•••
Neuwahlen zu den Betriebsvertretungen im Bereiche des Reichsverkehrsministeriums .....	•••
Bildungsarbeit • Arbeiter- und Angestelltenversicherung • Internationale Ambtscham Ambtscham • Verbandsstell	
Technik und Wirtschaft	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SW. 36, Schleifische Straße 42 / Telephon: Moritzplatz 3105/06, 119 44



**Warum mehr bezahlen?**



Nur **68,-** Mk. kost. jetzt ein hochmod. elegantes, starkes u. dauerhaftes **Starr-**

Gebrauchsrad, Mod. 6, 1. hochwertig. Ausstattung mit mod. rassigen Rahmenbau mit 5 Jahren Garantie u. Original Torpedofreilauf pr. Berührung (rot oder grau). Nickelfedersattel gelbe Felgen mit rost-sicheren Speichen, kompl. Werkzeug, Pumpe, Glocke usw. Versand überallhin. — Zahlungsvereinfachung. — Katalog über Fahrräder, Gummi, Zubehörtalia gratis und franko.

**Ernst Machnow, Berlin, Weinmeisterstr. 14**  
Größtes Fahrradhaus Deutschlands

**Foto**  
**Apparate**  
Sehr leichte Zahlungsweise  
Preisliste kostenfrei  
**Dresdensia**  
Kamera-Vertrieb  
Dresden A 24 2  
Spezialhaus für Fotografie

**Fahrräder Borussia**  
das technische Wunder der größten Fahrrad-Fabrik der Welt!  
5 Jahre Garantie.  
8 Tage zur Ansicht.  
12 Monatsrat. Katalog grat. Vertret. gesucht.  
Hans W. Müller, Elberfeld 197  
Gesenbergstr. 10

**Heimarbeitvergift**  
P. Holtzer, Breslau 11 b.

**Theater- u. Reiseglas**  
wie Abbild. mit Einl. zum Spottpreis v. M. 3,25  
Gutgeh. Herren-Tasch.-Anker-Uhr von M. 2,90  
Armband-Uhren für Herren und Damen von M. 5,90  
F)

**Photo-Kamera**, 4 1/2 x 6 cm. nur M. 1,20  
**Photo-Platten**, Kassetten, Füllfederhalter, Taschenapothecken usw.  
Versand nur unter Nachnahme.  
Illustrierter Katalog gratis.  
**Willy Bock, G. m. b. H., Berlin W 30 / Gw.**

**Ofen putzen ENAMELINE benutzen!**

Unsere lehrreiche Broschüre „Wie pflege ich den eisernen Ofen“ erhalten Sie auf Wunsch umsonst.  
**ENAMELINE-WERKE HÖCHST A. M.**  
Abt. 8

**Blumenspenden**

ed. Art lief. frei Haus preiswert an Partei- u. Gewerksch.-Genoss.  
**Paul Golletz (F)**  
Berlin, Mariannenstr. 3  
Amt Moritzplatz 10303



**Musik-Instrumente**  
für Orchester, Schule u. Haus  
Großer Katalog umsonst.  
Teilzahlung gestattet.  
**Max Dörrie, Klingenthal i. Sa. Nr. 36.**

**Lest die Urania**

**GEMEINWIRTSCHAFT  
RATIONALISIERUNG  
UND ARBEITERSCHAFT**  
VON RUDOLF LENGERSDORFF

Aus dem Inhalt:

Der Kampf gegen die Gemeinwirtschaft; Wie schützen wir die Gemeinwirtschaft? Rationalisierung der Gemeinwirtschaft; Die Versorgungsbetriebe; Die Werkstättenbetriebe; Straßenreinigung und Müllbeseitigung; Der Straßenbau; Das Submissionswesen; Rationalisierung und Arbeiterschaft; Das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters in der Wirtschaft; Anhang: Der Haushaltsplan; Wie liest man einen Haushaltsplan; Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft

Preis 0,75 Mark.

für Mitglieder der Gewerkschaften 0,40 Mark

Der Verfasser will die in der Gemeinwirtschaft tätigen Betriebsräte zur Beachtung der Wissenschaftlichkeit der Betriebe, in denen sie zur Mitarbeit berufen sind, anregen. Zugleich will er das Interesse für ihre praktische Tätigkeit wachrufen

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und die  
**Abteilung Bücher und Schriften**  
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
Berlin SO 36, Schlesiache Straße 42

**la Molkebutter**  
lägt frisch in 1/2 u. 1/4 Pfd.-Stück od. in Block  
la Emmenthaler vollfett  
la Emmenthaler ohne Rinde  
la Stangenlimburger 20%  
la Alp.-Kamadoekase 50%  
la Alp.-Rahmkäsechen 50%  
in 60 u. 90 Gr. Stück  
la Camembert 50%  
versend. in Postpaket netto 9 Pfd.-Inhalt frei Haus zum jeweiligen billigsten Tagespreise gegen Nachnahme  
**F. Schneider (F)**  
Butter- u. Käsefabrik  
Mindelheim, Allg. B. 111

**Nervöse**

die an Kopfschmerz, Herzaufregungen, Schlaflosigkeit, Magenübelkeit usw. leiden, erh. kostenl. Rat von  
**E. Reßler, Berlin (F)**  
1907, Reichenbachstr. 23a

**Gummi** Saug- etc. hyg. Artik.  
Preis s. grat. Phara. hyg. Industrie Medicus.  
Berlin N 54, Veturawesth. 25 u. (F)

**Reellste Bezugsquelle:  
Neue Gänsefedern**

wie von der Gans gerupft mit voll. Daunen dopp. gereinigt Pfd. 2,50, dies. beste Quali. 3,50, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5,00, 1/2 Daunen 6,75, gerein. gerissene Federn mit Daunen 4,00 und 5,00, hochprima 5,75, allerfeinste 7,50, la Volddaunen 9,00 u. 10,50. Für reelle staubfr. Ware Garantie Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel, Gänsem. Hegr. 1852, Neutrebbin 3b (Oderbr.)**

**Arcona Räder**

Die Qualitätsmarke! Hundertste Preise. Das best. zverr. Gebrauchsräder Marke Stern, Mod. 5, berg. a. h. Mat. m. mod. Rahmenbau, m. Gödwin. abg. m. 5 Jahr. Garant. u. Orig.-Torpedofreilauf 68 Mk. Versand überallhin. Zahlungsreit. Vert. Sie Katalog gr. u. r. auch über Spielmaschinen, Musikinstrumente, Unren, Goldwaren, Wirtschaftst. usw.  
**Ernst Machnow, Berlin, Weinmeister Str. 14, Gr. Fahrradhaus Deutsche.**

**UMSONST**

und portofrei versende an jedermann meinen großen **Hauptkatalog** über Solinger Stahlwaren sowie tausende andere Artikel. **Schreiben Sie sofort** eine Postkarte an: **Emil Jansen, Stahlwarenfabrik und Versandhaus, Wald Nr. 234, Solingen**

**Noch einmal!**

**Die Regiebetriebe der Gemeinden**

**Die Kritik einer Kritik**  
Herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
**Herr Oberbürgermeister Böß, Berlin**, schreibt uns anlässlich der Übersendung eines Exemplars dieser Schrift:  
„Die deutschen Gemeinden werden es dankbar anerkennen, daß sich der Verband in so gründlicher Weise für die Betätigung der öffentlichen Hand auf wirtschaftlichem Gebiete einsetzt.“

Preis der Broschüre 0,75 Mk.  
F) für Verbandsmitglieder 0,40 Mk.  
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder die  
**Abteilung Bücher und Schriften**  
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
Berlin SO 36, Schlesiache Str. 42

*Raucht*  
**GARBÁTY**  
*Baccarat*

**Größte Produktion der Welt!**

**OPEL**

# Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

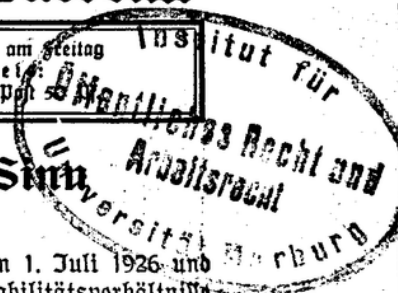
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Morichplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post

## Moderne wirtschaftspolitische Schlagworte – ihr Sinn und ihre Berechtigung



**D**ur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist das Schlagwort geschaffen. Es spielt im öffentlichen Leben in der Propaganda eine große Rolle und erfüllt oft besser seinen Zweck als großzügig angelegte Reden und umfangreiche Abhandlungen. Es drückt in einem oder einigen Worten einen Tatbestand oder eine Meinung aus und ist wegen seiner Kürze beliebt. Das alles aber ändert nichts an der Tatsache, daß sein Inhalt oberflächlich und irreführend sein kann. Immerhin, es hat in der Agitation seine Dörzüge, und nicht zuletzt wird es deshalb im wirtschaftlichen Interessenkampfe besonders von dem gut ausgebauten Propagandaapparat des Unternehmertums ausgebeutet. Schon seit einigen Monaten sind die Worte: Mengenkonzunktur, Inlandskonzunktur, Selbstkostenkrise und Selbstfinanzierung in der wirtschaftspolitischen Tagesdiskussion zu Hause. Was besagen diese Begriffe und welche Berechtigung wohnt ihnen inne?

Seit etwa zwei Jahren durchlebt die deutsche Wirtschaft eine Epoche der Hochkonzunktur. In gewaltigen Produktionssteigerungen und verstärkter Umsatzfähigkeit hat diese ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden. Wenn der Unbefangene liest, daß im vergangenen Jahre die Steinkohlenförderung des letzten Dorkriegsjahres um 9 Proz., die Braunkohlen-gewinnung um 73 Proz., die Produktion von Eisen um 20 Proz., von Rohstahl um 38 Proz., von Walzwerkprodukten um 17 Proz. überschritten wurde, und daß die Zahl der zum Gütertransport benötigten Wagen gegenüber dem besten Hochkonzunkturjahr der Dorkriegszeit 1913 um 12 Proz. gestiegen ist, so sind diese Angaben geeignet, ihn nach gesundem Menschenverstande folgern zu lassen, daß dadurch auch große Gewinne an die Unternehmen abgefallen sein müssen. Er schlußfolgert durchaus richtig und vernünftig, daß mit steigender Produktion und steigendem Umsatz auch der Verdienst gestiegen ist. Das war, wie wir unten noch sehen werden, ja auch tatsächlich der Fall, aber das Unternehmertum kann das auf keinen Fall zugeben, da sonst die „Begehrlichkeit der Arbeitnehmer“ nur wachsen könnte, was zu ver-hindern spezielle Aufgabe des im Unternehmertum stehenden Syndikus und Journalisten ist. Diese haben dann auch bald den richtigen Ausdruck für diese Sachlage gefunden, indem sie die Behauptung aufstellten: gewiß, die Produktion und der Umsatz sind gewaltig gestiegen, aber erhöhte Gewinne waren damit nicht verbunden, denn es handelte sich um eine **M e n g e n k o n j u n k t u r**.

Das also ist Sinn und Zweck dieses Schlagwortes. Welchen Grad von Wahrheit und damit innerer Berechtigung es in sich birgt, mag folgende Betrachtung erhellen. Nach einer Zusammenstellung über die Bilanzen der deutschen Aktiengesell-

schaften nach den Abschlüssen zwischen dem 1. Juli 1926 und dem 30. Juni 1927 haben sich die Rentabilitätsverhältnisse erheblich gebessert. Bei über 3000 erfaßten Aktiengesellschaften ist im Geschäftsjahr 1926/27 das bilanzmäßige Eigenkapital um über 385,5 Millionen Reichsmark, der ausgewiesene Jahresreingewinn um mehr als 178,8 Millionen Reichsmark gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Die Zahl jener Gesellschaften, die keine Dividende ausgeschüttet haben, ist erheblich zurückgegangen, während 8,9 Proz. aller erfaßten Gesellschaften eine Dividende von über 10 Proz. auszuschütten in der Lage waren. Die Dividende ist gewiß ein recht unzuverlässiger Gradmesser für die Beurteilung der Rentabilität, denn sie ist nur e i n e r von den vielen Kanälen, durch die den Besitzern von Aktienpaketen die Betriebsgewinne übermittelt werden. Immerhin zeigt auch die erhöhte Dividende, daß die Mengenkonzunktur der letzten Jahre in steigenden Gewinnen ihren Niederschlag gefunden hat.

Ein weiteres, ebenfalls augenblicklich stark im Gebrauch befindliches wirtschaftspolitisches Schlagwort ist: „**I n l a n d s k o n j u n k t u r**“. Auch dieses Wort enthält einen starken pessimistischen Unterton. Es besagt, daß der größte Teil der von der heimischen Wirtschaft erzeugten Güter im Inlande verbraucht wird. Das soll nach Unternehmerrausfassung ein Uebelstand sein. Eigentlich war es nie anders. Denn schon in Dorkriegszeiten betrug die Ausfuhr nur etwa den zehnten Teil aller im Inlande erzeugten Werte. Wir haben ausgeführt:

Monatsdurchschnitt 1913	für 841,4 Millionen RM.
Monatsdurchschnitt 1927	für 851,6 Millionen RM.
im Januar 1928	für 862,1 Millionen RM.
im Februar 1928	für 942,3 Millionen RM.

Gewiß ist mengenmäßig die Ausfuhr zurückgegangen, wenn wir die Geldbewertung berücksichtigen, wobei allerdings nur eine Umrechnung über den Großhandelsindex in Frage käme, denn im Ausfuhrgeschäft werden Großhandelspreise bezahlt. Freilich sind auch die Arbeitnehmer an steigender Güterausfuhr interessiert, aber sie erblicken im Inlande den Hauptabnehmermarkt. Es gibt ja auch große Staaten mit hochentwickelter Wirtschaft, bei denen der Auslandsmarkt herzlich wenig Beachtung findet. Hier sei nur an die Vereinigten Staaten von Nordamerika erinnert. Gewiß hat Amerika für seinen Absatz, wie es in den Amerikaberichten immer heißt, ein großes „Hinterland“. Aber das haben wir auch. Unser Hinterland für den Absatz sind die 63 Millionen Menschen, deren Güterverbrauch noch lange nicht den Sättigungsgrad erreicht hat. Es kommt nur darauf an, diesen Markt kaufkräftig zu gestalten und zu erhalten. Allerdings geht das nur über die Einkommensbildung, also über die Lohngestaltung. Wird dieser Markt kaufkräftig gehalten,



dann bietet er für die Stetigkeit des Warenabfahes und damit der Wirtschaftskonjunktur dieselben Garantien, wie der Auslandsmarkt. Dann wäre die Unternehmerklage, wir haben „nur“ eine Inlandskonjunktur, hinfällig. Unser Unternehmertum findet es bequemer, zu klagen, als auf dem vorgezeigten Wege Abhilfe zu schaffen. Hier Abhilfe schaffen können deshalb nur starke Gewerkschaften.

Die „Mengenkonjunktur“ hat ein neues Schlagwort geboren, die „Selbstkostenkrise“, denn diese ist nach der Beweisführung der Unternehmer als Folge der Mengenkonjunktur eingetreten. Weil eben die Gewinne am Einzelprodukt zu gering waren, oder gar mit Verlust gearbeitet wurde, stellten sich die Selbstkosten über die erzielten Preise und die „Selbstkostenkrise“ war da. Diese besteht nun schon — immer nach Unternehmermeinung — eine geraume Zeit. Ihre unausbleibliche Folge mühte eigentlich der völlige Wirtschaftszusammenbruch sein, aber davor hat uns das Schicksal ja erfreulicherweise bewahrt. Also scheint auch dieses Schlagwort nicht zu stimmen. Und das scheint nicht nur so, es stimmt wirklich nicht. Die Argumentation des Unternehmertums erinnert an jenen Schankwirt, der einem Gast im Brusstone der Ueberzeugung erklärte, an jedem verkauften Glas Bier sehe er zwei Pfennige zu, und auf die Frage des erstaunten Gastes, wie er denn dann überhaupt bestehen könne, prompt antwortete: „Ja, die Menge muß es bringen.“ Die Menge (Mengenkonjunktur) hat es auch wirklich gebracht, aber nicht

und Trucksystem. Durch Gesetz vom 16. Mai 1853 wurden in dem im Gegenteil zwischen diesen und dem Verkaufspreise eine viel zu große Differenz liegt.

Außerdem hat die deutsche Industrie in den letzten beiden Jahren gewaltige Rückstellungen, Neuanschaffungen und Modernisierungen vorgenommen. Nicht, indem sie die dazu notwendigen Kapitalien auf dem Kapitalmarkte erhalten hätte, sondern gleich aus erster Hand zurückbehielt. Das ist die Methode der Selbstfinanzierung, wovon die „Kölnische Zeitung“, ein führendes deutsches Unternehmervblatt, sagt, daß es ein häßliches Schlagwort sei. Häßlich sicherlich deshalb, weil es im Gegensatz zu den anderen Schlagworten ein großes Stück Wahrheit in sich birgt. Auf Kosten der Löhne vollzog sich diese Kapitalbildung.

Sie ist aber nur bis zu einem gewissen Grade wirtschaftsfördernd. Wird dieser überschritten, dann tritt Ueberkapitalisierung ein, deren Folge unnötige Belastung ist, die wiederum in hohen Preisen fühlbar wird. Und das ist heute bereits in hohem Maße der Fall.

Das Unternehmertum verfügt über einen glänzend ausgebauten Presseapparat, mit dessen Hilfe es die öffentliche Meinung auch durch die oben zitierten Schlagworte für sich zu gewinnen versucht. Diese richtigzustellen und ihren wahren Sinn zu enthüllen, ist Aufgabe der Arbeiterpresse, die wirtschaftlichen Uebelstände, die das Schlagwort bezeichnet, aber zu beseitigen, ist Aufgabe der Gewerkschaften. F. D.

## Gesundheitliche Industriekontrolle

Im Altertum kannte man keinerlei Gewerbehygiene, obwohl „viele Handwerke und Künste, welche denjenigen, die sie ausüben, Plage und Leiden verursachen“. (Hippokrates 460—377 vor Christus.) Die sozialen Klassenverhältnisse, vor allem die Sklaverei, waren dafür ausschlaggebend. Auf den Zerfall der griechischen und römischen Kulturperiode folgten die Zeiten des frühen und späten Mittelalters. In dieser Zeitperiode spielt sich das gewerbliche Leben zu einem großen Teil im Rahmen der Zünfte ab. Diese regelten die Einzelheiten der Berufsarbeit und gewerblichen Wirtschaft. Diefach entwickelten sie auch schon den Keim zu einer Art von gewerblicher Sanitätspolizei, indem sie die Arbeitszeit direkt oder indirekt durch Festlegung eines Arbeitsminimums für den einzelnen Tag usw. beschränkten. Im übrigen sind die gewerbehygienischen Kenntnisse des Mittelalters noch recht mangelhaft.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus und der modernen Fabrik mehrten sich die beruflichen und industriellen Gesundheitschäden in ungeahntem Maße. Durch den schamlosen Ausbeutungswillen der herrschenden Klasse wurde die industrielle Arbeit und Technik anstatt zum Segen zum grausamsten Fluche für die Arbeitenden. Von John Fielden und insbesondere Friedrich Engels wissen wir, wie sich die Verhältnisse in England gestalteten. Diese himmelschreienden, haarsträubenden Arbeitsumstände waren der Anstoß zur Entwicklung von gewerblichen Schutzmaßnahmen.

In Deutschland ging die industrielle Entwicklung mit denselben Begleiterscheinungen einer sozialhygienischen Arbeiterschädigung und Bevölkerungsentartung vor sich. Bei Beginn des 19. Jahrhunderts arbeiteten in den Textil- und Metallfabriken des rheinischen Industriebezirks Tausende von Kindern bis zu vierjährigen herab bei Tag und auch zur Nachtzeit zehn, zwölf, ja vierzehn Stunden lang gegen einen Tagelohn von nur zwanzig Pfennig! Die Entartung der Bevölkerung durch übermäßige Fabrikarbeit war so stark, daß das rheinische Gebiet nicht mehr imstande war, das entsprechende Truppenkontingent zu stellen. Eine Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III. befahl Gegenmaßnahmen, die aber ohne Erfolg waren. Gegen die Ausbeutungsgier der damaligen Kapitalistengeneration kam selbst ein preußischer König zunächst nicht an.

Am 9. März 1839 wurde erst der Anfang zu einem gesetzlichen Arbeiterschutz geschaffen. Das Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken wurde zum Gesetz erhoben. Es verbot die Arbeit von Kindern unter 9 Jahren in Fabriken und Bergwerken und führte im wesentlichen für die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren den zehnjährigen Maximalarbeitstag bei Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit ein. Die Ortspolizeibehörden führten dies Gesetz aber recht mangelhaft durch. 1849 fand es eine Ergänzung hinsichtlich Sonntagsruhe

und Trucksystem. Durch Gesetz vom 16. Mai 1853 wurde in den Industriebezirken Aachen, Düsseldorf, Arnsberg die ersten Fabrikinspektionen eingeführt. Andere Bundesstaaten folgten bald mit ähnlichen Maßnahmen, die später durch die Gewerbeordnung auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt wurden. Seitdem sind noch eine große Zahl von Sonderverordnungen herausgekommen. Besonders in der Nachkriegszeit wurden weitere wertvolle Arbeiterschutzgesetze geschaffen.

Aller gesetzlichen Arbeiterschutz und alle Arbeiterfürsorgemaßnahmen haben nur dann Erfolg, wenn ihr Vollzug fortlaufend überwacht wird. Dies kann geschehen durch die Arbeiter selbst, durch die Mitwirkung der Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräte und der Gewerkschaftsmacht und in letzter Linie durch den Staat. Dieser hat in den Gewerbeaufsichtsbeamten und Berginspektoren wichtige hygienische Kontrollorgane geschaffen. Im Jahre 1920 betrug ihre Zahl annähernd 700. Die Gewerbeärzte haben deren Tätigkeit in gesundheitlicher Hinsicht zu ergänzen.

Die Unfallverhütung, Gewerbehygiene und Beobachtung von Berufskrankheiten ist in erster Linie eine ärztliche Angelegenheit. Die Gewerbemedizinärzte haben die Art der Gesundheitsschädigungen und ihre Ursachen festzustellen und Vorschläge zur Beseitigung der Gefahrenquellen zu machen. Erkrankungen als Berufskrankheiten festzustellen, sind die behandelnden Kassenärzte fast ausnahmslos nicht in der Lage. Diese Ärzte sind auf dem Gebiete der Arbeitshygiene nicht besonders geschult. Die Gewerbeärzte haben weiter die Aufgabe, darüber Gutachten abzugeben, ob innere Erkrankungen der im Betriebe Stehenden tatsächlich als entschädigungspflichtige Unfälle anerkannt werden oder nicht. Bei den Versicherungsämtern, die allgemein darüber entscheiden, sind die Erkrankten für die Beurteilung ihres Leidens auf den Zufall angewiesen, so daß der Kampf der durch diese Berufskrankheiten in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkten Menschen um Erlangung einer Unfallrente bedeutend schwerer ist als der Kampf, den die Arbeiter bei sichtbaren Unfallfolgen um eine Rente zu führen haben. Viele Erkrankungen werden nicht ohne weiteres als entschädigungspflichtige Unfälle anerkannt. Vielmehr nur dann, wenn die betreffenden Personen sich diese Erkrankungen in einem Betrieb zugezogen haben, in dem sie regelmäßig den Einwirkungen gesundheitsschädlicher Stoffe ausgesetzt sind.

Der Aufgabenkreis der Industrieärzte ist also ungeheuer groß und wichtig. Leider steht die Zahl der hauptamtlichen Gewerbeärzte in starkem Mißverhältnis dazu. In Preußen gibt es ganze fünf hauptamtliche Arbeitsärzte, in Bayern, Sachsen, Württemberg je einen! Die in Preußen tätigen fünf Gewerbeärzte haben nach vorliegenden Berichten 46 554 Fabriken und Arbeitsräume zu



beaufsichtigen. Daß dies eine glatte Unmöglichkeit ist, dürfte jedem, nur den gesetzgebenden Körperschaften nicht, klar sein. Die bürgerlichen Parteien sind ja auch nur das Rückgrat des Unternehmertum. In dessen Profitinteresse versuchen sie möglichst gemeinnützige Eingriffe in die Betriebswirtschaft und Fabrikgeschäftigkeit zu unterbinden.

Eine genaue, einwandfreie gesundheitliche Ueberwachung der Betriebe besteht also heute nicht im geringsten. Die fünf preußischen Gewerbeärzte können jeden Betrieb selbst jährlich nicht mindestens einmal besuchen. In diesem Falle müßte jeder Arzt täglich 87,4 Betriebe besuchen! Zurzeit wurden nur 39 Prozent der Betriebe oder von den 46 000 rund 18 000 besichtigt. Zum Teil von den Gewerbechefärzten selbst, zum Teil von deren Assistenten und sonstigen Hilfskräften. Daß diese akkordmäßigen Besichtigungen nicht tiefgründig, sondern recht oberflächlich sein werden, dürfte selbstverständlich sein. Die Ärzte sind daran schuldlos. Schuldig ist die herrschende Wirtschaftsklasse und ihre politische Macht, die den Gesundheitskontrolleuren ein solches Arbeitspensum aufbürdet.

Die Sozialdemokratie hat für den Ausbau der ärztlichen Industriekontrolle gekämpft. Im Preussischen Landtag hat sie sich für die Erhöhung der Zahl der Gewerbeärzte und Einstellung von Hilfskräften, in erster Linie Assistenten für die Medizinalgewerbeärzte und in Laboratoriumsarbeiten erfahrenen

Personen mit Erfolg eingesetzt. Wenn dieser Erfolg auch nicht endgültige Befriedigung bringt, so ist es doch ein Fortschritt. Das Streben der Sozialdemokratie geht weiter dahin, auch weibliche Gewerbeärzte einzustellen. In vielen Fabriken ist ein großer Prozentsatz weiblicher Arbeiter tätig. Diese dürfen in unserer demokratisch gearteten Republik nicht immer Benachteiligte bleiben. Der Kampf um Einführung weiblicher Gewerbeinspektoren muß deshalb fortgeführt werden.

Die Gewerkschaften müssen als weitere Ergänzung dieses Teiles der Sozialpolitik fordern, daß der heutige magere Jugendschutz dahingehend ausgebaut wird, daß die Gewerbeärzte besondere Aufmerksamkeit den gesundheitlichen Schädigungen schenken, denen die arbeitende Jugend ausgesetzt ist. Durch richtige Vorbeugung von beruflichen Gesundheitsschäden lassen sich Millionen Mark an Renten ersparen.

Diese ganze dem Kapitalismus abgetroffene Sozialpolitik bleibt unter dem heutigen Wirtschaftssystem unvollkommen. Erst eine sozialistische Wirtschaft wird etwas Abgerundetes, Befriedigendes schaffen. Sie wird neben die jetzige rationelle Materialökonomie eine rationelle Menschenökonomie stellen. Die Fortschritte der Technik und Betriebsführung werden dann im Einklang stehen mit den Fortschritten der Gesundheitsfürsorge, Arbeitsphysiologie und Arbeitspsychologie.

Christian Schmitz.

## Gesellschaftlicher Fortschritt und sozialer Aufstieg

Dem für die politische und gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter unter seinen Klassengenossen und -genossinnen Verbundenen paßte es nicht selten, daß ihm bei seinen Aufklärungsversuchen entgegengehalten wird: „Ach was hat das für einen Zweck? Die Verhältnisse bleiben ja doch wie sie sind. Daran ist nichts zu ändern“. In der Regel ist es Dummheit, Unverständnis oder Denkschwäche, die diesen Standpunkt einnimmt. Aber diese schlechten Eigenschaften sind leider unter der Arbeiterschaft noch weit verbreitet und bilden für die Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ein schweres und scheinbar unübersteigbares Hemmnis. Die so reden, besitzen meist nicht die Einsicht, wie töricht ihre Einwände sind und wie sehr sie sich durch ihre Teilnahmslosigkeit gegenüber den organisatorischen Bestrebungen ihrer Klassengenossen selbst schädigen, nicht minder aber auch die auf die soziale Hebung der Arbeiterklasse gerichteten Bemühungen hindern.

Wäre es so, wie jene behaupten, dann gebe es keinerlei Fortschritt und die Menschheit befände sich noch in dem Urzustand der Entwicklung, wie wir ihn nur noch in einzelnen Weltteilen bei den sogenannten wilden Völkern vorfinden. Daß dem nicht so ist, beweist der kulturelle Abstand, der uns von jenem trennt. Auch die heutigen zivilisierten Völker befanden sich einmal auf der gleich niedrigen Entwicklungsstufe. Dieser Zeitpunkt liegt unter Zugrundelegung des geschichtlichen Maßstabs gar nicht einmal allzu weit zurück. Noch zur Römerzeit waren z. B. die Deutschen ein verhältnismäßig niedrig stehendes Volk, das in sehr primitiven Verhältnissen lebte und besondere Kulturbedürfnisse nicht kannte. Nach den Begriffen der auf wesentlich höherer Kulturstufe stehenden Römer waren sie deshalb auch nur Barbaren. Nicht anders lagen die Verhältnisse bei den anderen europäischen Völkern. Stellt man dem den heutigen Zustand gegenüber, so zeigt sich, wie ungeheuer die Änderungen sind, die eintreten und noch immer andauern. Nichts bleibt so wie es ist. Jeder Tag bringt geistige, wirtschaftliche, politische und soziale Neuerungen, die zum Teil unbeachtet bleiben, zum Teil aber auch Umwälzungen hervorrufen, die jedem offensichtlich werden und für die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse von größter Bedeutung sind.

Wird auf diese Tatsache verwiesen, so hört man freilich nur zu oft die Antwort: Das sei wohl richtig. Aber dieser Fortschritt vollziehe sich von selbst ohne besonderes Zutun der großen Masse, auch wenn es eine politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nicht geben würde. Treibende Kraft des kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritts sei das Genie einzelner, über das allgemein geistige Niveau ihrer Zeit hinausragenden Personen, ihr Erfindungsgeist sowie ihre Initiative, die sie zu Bahnbrechern für den allgemeinen Fortschritt mache. Mit Vorliebe werden diese Einwände von den Unternehmern und der ihnen nahestehenden Presse erhoben. Aus sehr durchsichtigen Gründen, da so ihre bevorrechtigte Stellung in Staat und Wirtschaft gerechtfertigt erscheint. Diese Auffassung entspricht aber auch zum erheblichen Teil den Anschauungen der bürgerlichen Wissenschaft, denen zufolge Verstand sowie geistige Initiative immer nur Privileg einiger

Wenigen war, die als Führer den übrigen in Dumpfheit und Stumpfheit verharrenden Massen voranschritten.

So liegen jedoch die Verhältnisse keineswegs. Wie in der Natur gibt es auch im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben nichts, was aus dem Nichts entsteht. Jedes Ding hat seine Ursache. Etwas aus dem Nichts zu schaffen, vermag kein Gott, viel weniger ein Mensch, und wenn er auch das größte Genie ist. Es wäre verfehlt, zu bestreiten, daß es zu allen Zeiten einzelne Menschen gab, die auf die sie umgebenden Verhältnisse einen starken Einfluß ausübten und als Förderer des allgemeinen Fortschritts bezeichnet werden müssen. Aber auch sie waren nur Kinder ihrer Zeit, und selbst die größten Genies haften mit ihrem Wollen und Können in der Sphäre, die den jeweils bestehenden kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprach. Ihre Gedankenwelt stützte sich auf die Erfahrungen, die andere Generationen vor ihnen gemacht hatten, wurde von den sie umgebenden Verhältnissen beeinflusst, und konnte sich nicht wesentlich darüber hinaus erheben, besonders wenn sie sich mit Neuerungsabsichten trugen, weil sie sonst zur Erfolglosigkeit verurteilt waren. In der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vollzieht sich nichts Sprunghaft, sondern organisch, wie bei dem Wachstum der Pflanze, die aus dem Samenkorn nacheinander Keime, Blätter, Blüten und Früchte entwickelt.

Auch ein Volk und seine Wirtschaft ist ein solcher Organismus, bei dem nicht nur einzelne, sondern alle Kräfte mitwirken müssen, um das Ganze wachsen und gedeihen zu lassen. Versagen diese Kräfte, dann tritt Stillstand ein, dem der Untergang folgt. Deshalb ist auch die von den bürgerlichen Geschichtsideologen behauptete Senilität der breiten Volksmassen, die allein schöpferische Tätigkeit der einzelnen unwahr und eine Unmöglichkeit. Zu allen Zeiten sind diese Massen mehr oder weniger politisch, wirtschaftlich und sozial, materiell wie geistig aktiv gewesen. Und der Grad dieser Aktivität bestimmt den Kulturstand, den sie zu erklimmen vermochten. Was den einzelnen Volksgenossen auf Grund der ihn umgebenden Verhältnisse bewegte, wirkte auch mehr oder weniger bei seinen übrigen Volksgenossen, weil für sie alle die gleichen Impulse tätig waren.

Es ist das Verdienst von Marx und Engels, durch die von ihnen gelehrte materialistische Geschichtsauffassung hierfür die Nachweise geliefert sowie festgestellt zu haben, daß die Geschichte aller Zeiten eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, die noch andauern und sich fortsetzen werden, solange sich die menschliche Gesellschaft in Klassen spaltet. Die Wurzeln dieser Klassenkämpfe sind die gesellschaftlichen Gegensätze, die verschiedenen wirtschaftliche Lage, in der sich die einzelnen Klassen jeweils befinden und die sie antreibt, einen Ausgleich herbeizuführen. Immer streben die unterdrückten Klassen nach oben und suchen sich von dem auf sie lastenden Druck der Herrschenden zu befreien. So finden wir in der Geschichte, wie sich die Sklaven gegen ihre Sklavenhalter, die Hörigen und die Leibeigenen Bauern gegen den Adel und die Klöster, die Handwerker gegen die Patrizier, der Adel gegen die Fürsten, das Bürgertum gegen den Adel und Geist-



liefskeit aufheben. Wie auch die Formen wechselten, in denen sich jene Klassenkämpfe vollzogen, die Ursache ist überall die gleiche.

Gegenwärtig sind es die Arbeiter, die im Kampfe gegen den Kapitalismus und die von ihm geübte Ausbeutung allen anderen Klassen vorangehen. Aber auch bei jenen herrschte keine Ruhe, wie die Parteikämpfe zeigen, die das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben erfüllen. In den verschiedenen politischen Parteien haben wir nichts anderes als wirtschaftliche Interessengruppen vor uns, mögen sie sich auch noch so sehr mit ideologischem Nebel umhüllen. Ihre Vielheit läßt lediglich erkennen, wie wenig klar sich noch weite Volksschichten über das sind, was ihr wirtschaftliches Sein bestimmt. Dennoch kommt darin zum Ausdruck, daß die in diesen Parteien vereinigten Massen entweder unzufrieden mit ihrer Lage, deren Besserung sie anstreben oder auf Seiten der herrschenden Schichten ihre Herrschaftsposition erhalten und erweitern wollen. Das Ergebnis dieses Kampfes sind, solange die eine über die andere Seite nicht obzusiegen vermag, Kompromisse oder Zugeständnisse, durch die sich die gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Lage der beteiligten Massen langsam verschiebt.

Ist dieses Bestreben nach Verbesserung der wirtschaftlichen und

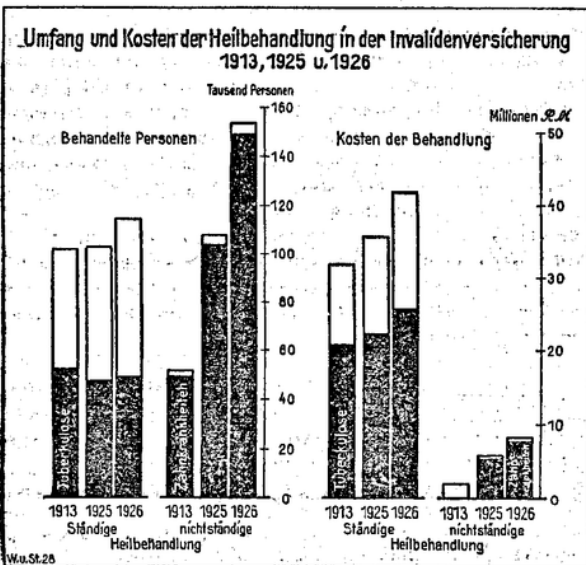
sozialen Lage bei den mittleren und oberen Klassen vorhanden, so muß es bei der arbeitenden Klasse noch viel stärker sein. Hier findet es auch seine größte Berechtigung. Denn wenn auch der Lebensstand der Arbeiter sich auf Grund des von ihnen geführten Klassenkampfes gegenüber den Zuständen vor hundert oder fünfzig Jahren wesentlich gehoben hat, so steht er gegenüber dem, was wirtschaftlich möglich ist und eigentlich selbstverständlich sein sollte, noch weit zurück. Die Arbeiter haben Anspruch darauf, daß hierin eine Änderung eintritt. Mit dem Anspruch allein ist es aber nicht getan, mag er auch noch so berechtigt sein. Sie müssen seine Anerkennung erkämpfen, und sie werden es — wie die seitherigen Erfahrungen beweisen — wenn sie sich gewerkschaftlich wie politisch zusammenschließen, um ihre wirtschaftlichen, politischen und sozialen Forderungen durchzusetzen. Der wirtschaftliche und soziale Aufstieg der Arbeiterklasse ist keine Fata Morgana, kein Nebelgebilde, das sich in nichts auflösen muß, sondern Wirklichkeit, wenn die Arbeiter nur wollen. Mit dem Hände-in-den-Schoß-Legen können die Arbeiter nichts erreichen. Nur unausgesetzter politischer und wirtschaftlicher Kampf bringt sie vorwärts, und zwar um so weiter, je einiger und geschlossener sie ihn zu führen imstande sind.

Mattutata.

## Die Heilfürsorge in der Invalidenversicherung im Jahre 1926

In immer stärkerem Maße setzt sich die Ansicht durch, daß die Sozialversicherung nicht erst bei Eintritt des Versicherungsfalles eingreifen hat, sondern daß sie bemüht sein muß, bereits vorbeugend den Eintritt nach Möglichkeit hinauszuschieben oder zu verhüten. So bildet die Heilfürsorge neben der Rentenzahlung eine wichtige Aufgabe der Invalidenversicherung. Sie ist eine freiwillige Leistung — und zwar die einzige während der Wartezeit — und gliedert sich in der Hauptsache in zwei Teile, in die Heilbehandlung des Einzelfalles und in allgemeine Maßnahmen zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung.

Im Jahre 1926 wurden von den Trägern der Invalidenversicherung 158 118 Männer und 109 951 Frauen in Heilbehandlung genommen, 27 Proz. mehr als im Vorjahr und 74 Proz. mehr als 1913. Von den insgesamt behandelten Personen sind im Berichtsjahr 42,6 Proz. einer ständigen Heilbehandlung unterzogen worden gegen 48,8 Proz. im Vorjahr und 66,4 Proz. im letzten Vorkriegsjahr. Der Umfang der ständigen Heilbehandlung hat sich also nicht annähernd so stark wie der der billigeren nichtständigen Behandlung (ganz überwiegend Zahnbehandlung) erhöht und daher sind auch die Gesamtkosten trotz der Geldentwertung weniger als die Zahl der betreuten Personen gestiegen. Der Kostenaufwand betrug im Berichtsjahr 50,2 Millionen Mark, d. h. nur 47 Proz. mehr als 1913; im Durchschnitt entfielen auf eine behandelte Person 187 Mk. gegen 222 Mk. vor dem Kriege. Von den 50,2 Millionen Mark hatte die Invalidenversicherung 35,5 Millionen Mark selbst zu tragen, während die restlichen 14,7 Millionen Mark von anderen Zweigen der Sozialversicherung, Gemeinden usw. erstattet wurden. Von je 100 Mk. Beitragseinnahmen wurden von den Trägern der Invalidenversicherung im Jahre 1926 5,37 Mk. gegen 5,38 Mk. im Vorjahr und 9 Mk. im Jahre 1913 für Zwecke der Heilbehandlung verwandt.



Nach wie vor nimmt der Kampf gegen die Tuberkulose die erste Stelle in der Heilbehandlung ein, wiewohl seine Bedeutung im Gesamtrahmen der Heilbehandlung gegenüber der Vorkriegszeit sowohl nach der Zahl der behandelten Personen als auch nach dem auf ihn entfallenden Anteil an den Gesamtkosten zurückgegangen ist. Es wurden im Berichtsjahr 49 495 Personen wegen Tuberkulose behandelt (18,5 Proz. der Gesamtzahl) gegen 47 889 Personen (22,8 Proz.) im Vorjahr und 53 114 (34,6 Proz.) im Jahre 1913. Der Kostenaufwand stellte sich 1926 auf 25,9 Millionen Mark, betrug also etwas mehr als die Hälfte der gesamten Heilbehandlungskosten.

Unter den wegen Tuberkulose Behandelten befanden sich 145, die an Lupus und 197, die an Knochen- und Gelenktuberkulose litten; die weit überwiegende Zahl entfiel auf Lungen- und Kehlkopftuberkulose. Bei diesen war die durchschnittliche Behandlungsdauer mit 70 Tagen ebenso groß wie im Vorjahr, bei den Lupuskranken war sie mit 4,8 Monaten um über einen Monat, gegenüber 1913 um drei Monate kürzer. Dagegen hat sich die durchschnittliche Dauer einer Heilbehandlung wegen Knochen- und Gelenktuberkulose gegenüber dem Vorjahr von 103 auf 115 Tage erhöht. Die Durchschnittskosten für einen Verpflegungstag und damit auch die Durchschnittskosten für eine behandelte Person sind bei allen drei Gruppen gestiegen. Sie waren mit 707 Mk. weitaus am höchsten bei der Behandlung wegen Knochen- und Gelenktuberkulose, am niedrigsten — trotz der langen Behandlungsdauer und einer Zunahme gegen das Vorjahr um 37 Proz. — bei der Behandlung wegen Lupus mit 348 Mk. Bei der Behandlung wegen Lungen- und Kehlkopftuberkulose stellten sie sich auf 527 Mk. (bei ständiger Behandlung) und auf 93 Mk. (bei nichtständiger Behandlung).

Auch dem Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten haben sich die Träger der Invalidenversicherung, und zwar in ständig wachsendem Umfange gewidmet. Im Berichtsjahr wurden

Umfang und Kosten der Heilbehandlung in der Invalidenversicherung.

Jahr	Ständige Heilbehandlung			Nichtständige Heilbehandlung		
	überhaupt	Darunter wegen Tuberkulose	Geschlechtskrankheiten	überhaupt	Darunter wegen Tuberkulose	Zahnkrankheiten
<b>A. Behandelte Personen.</b>						
1910	83 799	45 798	—	30 511	1 108	— 1)
1913	101 955	52 534	—	51 681	580	49 500
1925	102 765	47 580	11 630	107 713	309	103 776
1926	114 242	49 039	13 627	153 827	456	149 234
<b>B. Kosten der Heilbehandlung in 1000 Mk.</b>						
1910	25 593	17 495	—	1 001	57	— 1)
1913	31 871	20 710	—	2 257	52	—
1925	35 687	22 413	709	5 892	32	5 595
1926	41 855	25 831	986	8 297	42	7 936

1) Im Jahre 1911: 30 847 Personen.



# Technik und Wirtschaft der Gemeinde- und Staatsbetriebe

Beilage zur „Gewerkschaft“  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

4. Jahrgang

Berlin, den 1. Juni 1928

Nummer 6

## Vereinheitlichung in der Energiewirtschaft Von der Preußenelektra zur Deutschelektra

**K**ein anderes Gebiet in der Wirtschaft ist so sehr auf einheitliche Linienführung angewiesen wie die Elektrizitätswirtschaft und trotzdem bietet, drei Jahre nachdem wir mit unerhörtem Impuls die wirtschaftstechnische Umstellung, die Rationalisierung, aufgenommen haben, unsere Energiewirtschaft ganz allgemein ein buntscheckiges Bild; buntscheckiger noch als die politische Linienführung auf der Karte und oftmals, durch das Hin und Her der Demarkationslinien, so grotesk-komisch, daß man an die Zeit des Mittelalters und der 300 selbständigen Souveräne in Deutschland erinnert wird. Sagt es nicht genug, daß vor noch nicht allzulanger Zeit die wichtigste Elektrizitätsquelle, der rheinisch-westfälische Bergbau, in Gefahr war, in private Hände zu fallen. Hier war es der verstorbene Hugo Stinnes, der durch ein höchst raffiniertes System von Beteiligungen und Aktienschiebungen den großen Elektroriesen im Westen Deutschlands, das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE.) faktisch in seine Hand brachte. Preußen war es schließlich, das durch die gegen andere Interessen eingetauschte Beteiligung am RWE. den gemeinwirtschaftlichen Charakter des Unternehmens unterstrich und betonte. Aber auch jetzt ist der Einfluß des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus, der Privatindustrie, auf das RWE. noch so groß, daß sogar in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Ausdehnung der durchaus privatkapitalistisch eingestellten Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung in Essen Aktionen vorgenommen werden konnten, die, vom gemeinwirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt, nicht gutzuheißen sind. Zu guter Letzt handelt es sich nicht um ein bloßes Prinzip, sondern um die Einheitlichkeit d. h. Wirtschaftlichkeit unserer Energiewirtschaft, die darauf begründet ist, daß sich die Gewinnung von elektrischer Kraft aus Wasser, Braunkohle oder Steinkohle infolge der besonders gelagerten Absatzverhältnisse ausgleichen müssen. Hier hat es aber seit jeher starke Hindernisse gegeben. Die Wirtschaft, die in Deutschland nun seit fast 100 Jahren keine Zollschranken, keine besondere Behandlung in den einzelnen politischen Gebieten und in den einzelnen Ländern kennt, liebt es, über die politische Zerrissenheit, über die Rückständigkeit, die Kleinstaaterei zu spotten, die in der Reichsgliederung noch vorhanden ist. Sie vergißt jedoch, daß es in unserer Energiewirtschaft ebenso trostlos aussieht wie auf politischem Gebiet. Die Vereinheitlichung ist notwendig und die Vereinheitlichung kann nach Lage der Dinge nur auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage erfolgen. Das ist der Sinn, der in der Gründung der Deutschelektra liegt. Es ist damit nicht nur der Schritt zur Rationalisierung in unserer Elektrizitätswirtschaft gemacht, sondern auch ein zweiter Schritt getan, der in Richtung einer Zusammenfassung unserer gesamten Energiequellen auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage liegt.

Für die Fusion, deren Tragweite heute noch nicht abzusehen ist, kommen das Reich, Preußen und Bayern in Frage. Für das Reich zeichnen die Elektrowerke A.-G., für Bayern die Bayernwerke A.-G. und für Preußen die Preußische Elektrizitäts-A.-G., kurz Preußenelektra genannt. Als Zweck der neuen Fusion wird die „Zusammenarbeit zwischen den Energiewirtschaftsgebieten der Gesellschafter durch Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben“ bezeichnet. Den Vorstand bilden Generaldirektor Frank, Preußenelektra, Direktor Jahnke, Elektrowerke, Landesbaurat Mende, Bayernwerk. In den

Aufsichtsrat wurden gewählt Dr. Bolzani, Elektrowerke, Ministerialrat Decker, Bayernwerk, Ministerialrat Heyden, Preußenelektra, Dr. Lenzmann, Elektrowerke, Ministerialrat Obpacher, Bayernwerk, Direktor Peucker, Elektrowerke, Ministerialrat Roemer, Preußenelektra, Dr. Schweyer, Bayernwerk, Ministerialdirektor Dr. Staudinger, Preußenelektra, Vorsitzender ist Dr. Lenzmann. Ihm stehen als stellvertretende Vorsitzende Dr. Staudinger und Dr. Schweyer zur Seite.

Drei der größten Elektrizitätsproduzenten sind also in der Deutschelektra zusammengeschlossen. Es handelt sich vorläufig um eine sogenannte Studiengesellschaft, also um ein ähnliches Gebilde, wie wir es bei der Gründung des Ruhrtrusts und der Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung kennen gelernt haben. Das Kapital der neuen Gesellschaft beträgt 1 Million Mark. Die Studiengesellschaft kann sich natürlich zunächst nur auf rein technisch-wirtschaftlichem Gebiet betätigen. So ist geplant, die zum Ausgleich von elektrischer Arbeit erforderlichen Anlagen gemeinsam zu schaffen, die Leistungs- und Verteilungssysteme der beteiligten Unternehmen nach Möglichkeit einander anzupassen, indem in weitgehendem Maße eine Anpassung der Spannungen — und zwar nicht nur der Hoch-, sondern auch der Mittelspannungen erfolgen soll. Der Schwerpunkt der Fusion liegt aber in der Abmachung, daß Neuanlagen für die Kraft-erzeugung gemeinsam errichtet werden sollen. Dieser Beschluß wird durch die Errichtung eines gemeinsamen Elektrizitätswerks, das sehr wahrscheinlich in Mitteldeutschland auf Braunkohle erbaut werden soll, schon demnächst praktische Bedeutung erhalten.

Zunächst sind in der Fusion Deutschelektra nur drei der größten Elektrizitätsproduzenten zusammengefaßt. Andere stehen noch draußen, z. B. das RWE. und die Sächsischen Werke, die unbedingt notwendig sind, um die Fusion abzurunden. Damit wird sehr wahrscheinlich in nächster Zeit zu rechnen sein. Die ganze Konstruktion der Deutschelektra weist darauf hin. So haben das Reich, Preußen und Bayern von dem Kapital des neuen Unternehmens, das 1 Million Mark beträgt, nur 750 000 Mk. zu gleichen Teilen übernommen; der Rest von 25 Proz. steht für die Unternehmungen zur Verfügung, die vorläufig außerhalb der Kombination geblieben sind.

Daß das so kam, daß z. B. die Sächsischen Werke und das RWE. heute nicht in der Deutschelektra sind, beweist eben die Notwendigkeit der Vereinheitlichung und die Wichtigkeit der vollzogenen Gründung der Deutschelektra. Zwischen den Elektrowerken und der Preußenelektra einerseits und den Sächsischen Werken andererseits bestehen wieder mal seit längerer Zeit kleinere Reibungen und Eifersüchteleien. Ähnlich liegt das Verhältnis zwischen dem RWE. und der Preußenelektra. Beide streiten sich wieder mal um Demarkationslinien. Das hat zur Folge gehabt, daß sich die Deutschelektra ohne Zweifel unvollkommen repräsentiert. Das hindert natürlich nicht die Ausführung des vereinbarten Programms. Aber diese Unvollständigkeit der Deutschelektra bleibt kein bloßer Schönheitsfehler; denn in Kämpfen, wie wir sie z. B. zwischen dem RWE. und Preußen im Saargebiet und in letzter Zeit wieder um die Demarkationslinien erleben, wird sehr viel Geld verpulvert, das man an anderer Stelle nötig hat und gut verwerten könnte.

Trotz alledem darf man die Wichtigkeit der Fusion nicht verkennen. Für die Arbeiterschaft in der Elektrizitätswirtschaft



hat sie auch besondere Bedeutung, was sich daraus ergibt, daß die Vereinheitlichung zu einer wesentlichen Senkung der Gestehungskosten führen muß. Darüber hinaus ergibt sich die Möglichkeit, den Radius der Energiewirtschaft wesentlich zu erweitern. Voraussetzung hierfür ist jedoch,

daß mit den Hemmungen der Energiesteuer Schluß gemacht wird. Das ist eine der wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft und wir wollen nicht versäumen, sie gerade jetzt, bei der Gründung der Deutschelektra, nachdrücklichst anzumelden.  
Fr. Olk.

## Die Kraftwirtschaft in Deutschland

II. Schluß.

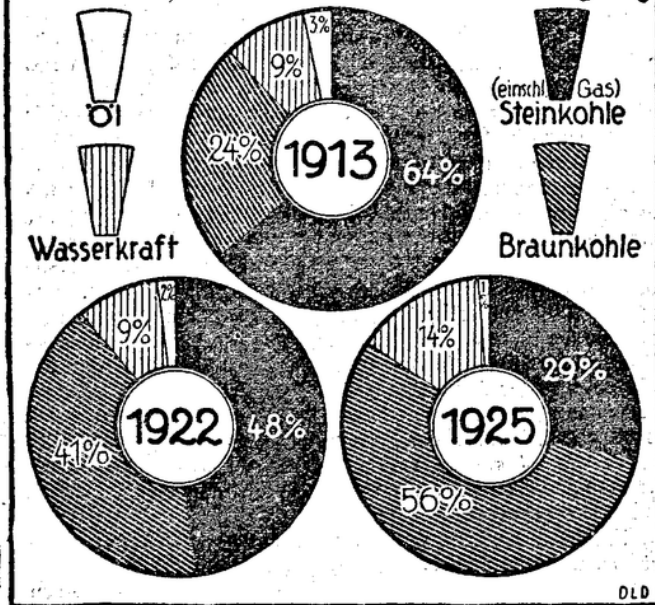
### IV. Der Anteil der Kraftstoffe an der deutschen Stromerzeugung.

Mit der in den vergangenen Jahrzehnten bis heute gewaltig gestiegenen Umwandlung mechanischer Kraft in elektrische Energie ist auch der Verbrauch an Kraftstoffen einschließlich der Nutzung von Wasserkraft der Menge nach erheblich gewachsen. Aber auch der verhältnismäßige Anteil der verschiedenen Kraftspender an der Gesamterzeugung hat sich verändert. Das Programm der Rationalisierung hat sich auch in der „Kraftstoffwirtschaft“, entsprechend den volkswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Ansprüchen, durchgesetzt, ohne daß indessen hier bereits ein endgültiges Ziel erreicht wäre. Anfänglich, in dem Stadium der zahlreichen, lediglich dem lokalen Bedarf dienenden mittleren und kleinen Kraftzentralen, war die Steinkohle der bevorzugte Kraftstoff. Denn deren hoher Heiz-

Anteil der verschiedenen Kraftstoffe in verschiedenen Jahren verdeutlicht.

Der erhebliche Unterschied zwischen den Zahlen in dem kurzen Zeitraum von 1922 bis 1924 ist dadurch zu erklären, daß die Erzeugung der süddeutschen Werke, die 1922 noch im Bau waren, in diesem Jahre noch nicht berücksichtigt worden ist, wohl aber 1925, als sie bereits in Betrieb gesetzt waren. Den größten Zuwachs hat, wie ersichtlich, die Braunkohle erfahren, ihr Anteil an einer erheblich gesteigerten Energieerzeugung hat, wie ersichtlich, etwa um das eineinhalbfache zugenommen. Sie liefert mehr als die Hälfte der in den deutschen Kraftzentralen erzeugten Elektrizität. Desgleichen ist der Anteil der Wasserkräfte gestiegen. Die absolute Steigerung der Verwertung der Wasserkräfte ist höher als die anteilmäßige, da die Elektrizitätserzeugung erheblich innerhalb der Tabellenjahre zugenommen hat. Die Abnahme der Verwendung von Oel ist aus den oben gemachten Ausführungen ohne weiteres erklärlich. Die Möglichkeit der Uebertragung von Strom auf weite Entfernungen machte das Oel als Kraftstoff in der Energiewirtschaft noch entbehrlicher, als es bereits vorher war.

### Der Anteil der Kraftstoffe an der deutschen Stromerzeugung



wert verfrachtet selbst weite Frachten. Daneben existierten zahlreiche mittlere und kleinere Wasserkraftwerke, wo eben ein Wasserlauf mit genügendem Gefälle die Vorbedingungen für die Errichtung solcher Anlagen bot. Die Braunkohle spielte lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle in der Energiewirtschaft. Das wurde anders, als die moderne Hochspannungstechnik es ermöglichte, elektrische Energie über weite Entfernungen zu leiten. Jedermann kennt wohl die hohen Beton- oder Eisenträger mit der Tafel: Achtung! Hochspannung — und dem warnenden roten Blitz darüber, zwischen denen Drähte weit über das Land schwingen, Drähte, die neuerdings sogar Kupferröhren sind, um dem hochgespannten elektrischen Strom den weiten Weg über viele Kilometer recht bequem, d. h. vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wenig verlustbringend an Spannung, zu machen. Die moderne Hochspannungstechnik hat die Braunkohle wie die Wasserkraft transportabel gemacht. Soweit die erste in Frage kommt, ist dies im wirtschaftlichen Sinne zu verstehen. Denn die Braunkohle selbst in Waggons zu laden und zu versenden, lohnt kaum, wie schon erwähnt, wegen des geringen Heizwertes dieser Kohlenart. Jetzt gelangt die Braunkohle und die Kraft des zu Tale strömenden Wassers in Gestalt von Elektrizität zu den kraftverbrauchenden Stellen, zu den Maschinenhallen der Industrie, zur Werkstätte des Handwerkers, in die Millionen von Glühlampen der Städte. Die Steinkohle mußte deshalb ihre bisher auf diesem Gebiete behauptete Vorherrschaft verlieren. In dem beigegebenen Schaubild ist der

### V. Die Großkraftanlagen Deutschlands und ihre Stromversorgungsgebiete.

Aus den vorausgegangenen Ausführungen ist bereits un schwer die Lage der Großkraftanlagen Deutschlands zu er raten. Sie sind „Kraftstoff-orientiert“ und befinden sich im Bereich der rheinisch-westfälischen Braunkohle und Steinkohle, in der Nachbarschaft der mitteldeutschen Braunkohlenfelder und an den süddeutschen Strömen. Sie sind die Zentren der deutschen Elektrizitätswirtschaft, und neben ihnen sind in dem vorwiegend landwirtschaftlich besiedelten Norden und Osten Deutschlands unabhängige weitere Kraftversorgungsgebiete zu erwähnen.

In den beiden Provinzen, Rheinland und Westfalen, dem Brennpunkt der industriellen Erzeugung der deutschen Wirtschaft, wird rund ein Drittel der gesamten elektrischen Energie Deutschlands gewonnen, nämlich 6,9 Milliarden Kilowattstunden (kWh) im Jahr von insgesamt 20,3 Milliarden Kilowattstunden in Deutschland überhaupt. Als Kraftquelle dienen zu 74 Proz. Braun- und Steinkohlen, ferner zu 23 Proz. Gas, das in der Hauptsache ebenfalls aus Steinkohle gewonnen wird. Das Versorgungsgebiet umfaßt den größten Teil der Provinz Rheinland von der holländischen Grenze im Norden und Westen bis an die Ahr im Süden und im Osten die Provinz Westfalen und einen Teil der Provinz Hannover. Die Stromübertragung erfolgt in Hochspannungsleitungen von 50 000 bis

### Das deutsche Hochspannungsnetz





220 000 V. Es sind in der Hauptsache vier große Unternehmungen, die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE.), das Rheinische Elektrizitätswerk, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen und das Elektrizitätswerk Mark. Das erstgenannte Werk unterhält zurzeit fünf Großkraftwerke, von denen das im Jahre 1913 errichtete und nach seinem Erbauer genannte Goldenberg-Werk, das rheinische Braunkohle verfeuert, zu den größten Dampfkraftwerken Europas zählt. Es liefert täglich 3 Millionen kWh. Die übrigen Werke der RWE. in Reisholz, Essen, Ibbenbüren und Wesel basieren auf Steinkohle, die das Ruhrgebiet bequem liefert. Es sei hier nicht unerwähnt, daß durch wärmetechnische Erfindungen auch die minderwertigen Steinkohlensorten technisch und wirtschaftlich vorteilhaft verwendet werden können. Die Kraftzentralen der verschiedenen Gesellschaften sind zum Teil durch Hochspannungsleitungen miteinander verkuppelt. Auf diese Weise sind auch die Wasserkräfte der Eifel (das Heimbachkraftwerk) in die allgemeine Elektrizitätsversorgung von Rheinland und Westfalen eingespannt. Hinsichtlich des Ausbaues der noch unerschlossenen Wasserkräfte der Eifel schweben seit einiger Zeit Projekte, welche diesen einen größeren Anteil an der Kraftversorgung des rheinisch-westfälischen Gebietes zugunsten einer sparsamen Bewirtschaftung sowohl der Braunkohle als auch der Steinkohle einzuräumen beabsichtigen. Auch die Verbindung mit dem süddeutschen Versorgungsgebiet dürfte in nicht zu ferner Zeit vollständig ausgebaut werden. Ueber die Mainkraftwerke bei Höchst ist die Verbindung der Bayernwerke mit dem Goldenbergwerk bereits in Betrieb, desgleichen auch die Verbindung mit dem Badenwerk durch die Kupplungsstation Rheinau bei Mannheim. Das volkswirtschaftlich hochbedeutende Ergebnis einer solchen Kombination ist, daß zugunsten einer sparsamen Bewirtschaftung von Stein- und Braunkohle die süddeutschen Wasserkräfte dauernd die Durchschnittsbelastung des Stromverbrauchs liefern, während die Köhle die Befriedigung des Spitzenbedarfs übernimmt.

Das süddeutsche Kraftversorgungsgebiet. Ebenso wie in Rheinland und Westfalen gibt es auch in Süddeutschland noch eine große Zahl von mittleren und kleinen Werken der Elektrizitätserzeugung, die wir hier nicht im einzelnen zu erwähnen brauchen. Wenn auch die Großkraftversorgung sich in wenigen Jahrzehnten zu dem heutigen, machtvollen Gebilde entwickelt hat, so nimmt doch die endgültige Verdrängung und das Verschwinden aller der kleinen Werke einen erheblich längeren Zeitraum in Anspruch. Aber über sie hinweg nimmt die Ausbreitung des Hochspannungsnetzes der Großkraftversorgung ihren Weg. In Bayern, das von den deutschen Ländern über die meisten Wasserkräfte verfügt, ist die Großkraftversorgung in dem Bayernwerk zusammengefaßt, das die Elektrizität in den beiden Wasserkraftanlagen Walchenseewerk und Mittlere Isar erzeugt, neben welchen noch Dampfkraftanlagen zur Bereitstellung des Spitzenbedarfs bestehen. Den Aufschwung, den die Erschließung der Wasserkräfte in Bayern seit 1914 genommen hat, kennzeichnen am besten folgende Zahlen, denen eine Erhebung des bayerischen statistischen Landesamts zugrunde liegt: die Ausbauleistung der bayerischen Wasserkraftanlagen mit 299 000 PS im Jahre 1914 ist auf 939 700 PS im Jahre 1927 gestiegen, ohne daß sich übrigens die Zahl der Kraftanlagen wesentlich vermehrt hätte. Welche Möglichkeiten hier überhaupt noch gegeben sind, erhellt daraus, daß der bisherige Ausbau der bayerischen Wasserkräfte lediglich auf ein Drittel der wirtschaftlich ausbaufähigen Wasserkräfte geschätzt wird, vorausgesetzt, daß der Bedarf an elektrischer

Energie in solche Stromerzeugungskapazität hineinwächst. — Der Großkraftversorgung wohnt stets die Tendenz inne, über die Grenzen der Wirtschaftsgebiete hinaus immer weitere Gebiete in die Stromversorgung einzubeziehen und zugleich Anschluß zu suchen an andere Kraftzentralen. Der Verbindung des Bayernwerkes mit dem rheinisch-westfälischen Versorgungsgebiet wurde schon Erwähnung getan. Mit dem Badenwerk, das die Schwarzwald- und Oberrheinwasserkräfte energiewirtschaftlich ausnutzt (das Murg- und Schwarzenbachwerk), ist das Bayernwerk ebenfalls verbunden, desgleichen mit dem Württembergischen Netz, und mit den preußischen Kraftwerken Oberweser wird der Anschluß in Aschaffenburg geplant. Auch die politischen Grenzen weiß der Expansionsdrang der Großkraftwirtschaft zu überwinden. Das Badenwerk ist mit Schweizer Werken verbunden. In den wasserarmen Sommermonaten wird Strom aus der Schweiz importiert, während die Schweiz ihrerseits im Winter größere Strommengen sowohl vom Badenwerk als auch von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken

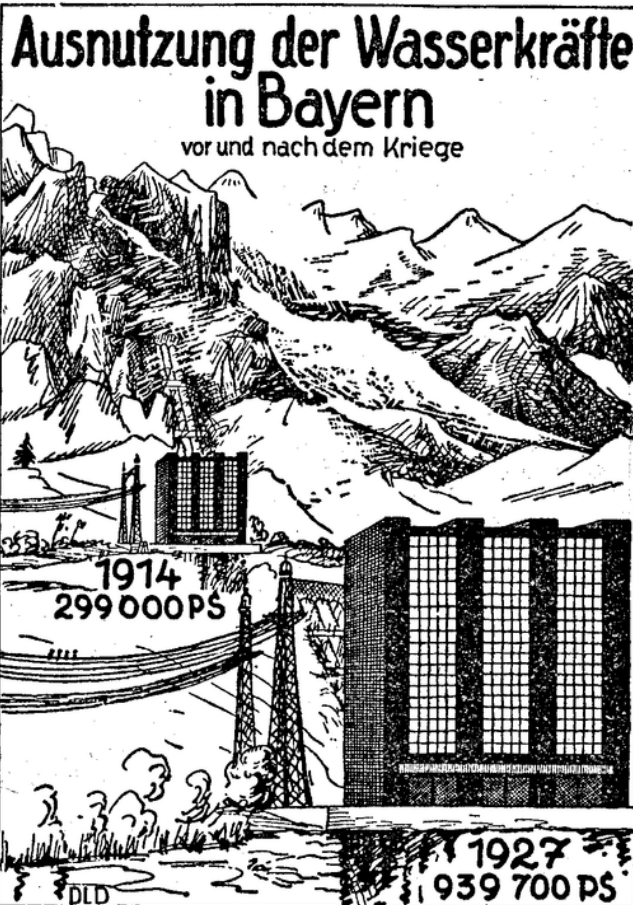
bezieht. Der eingeführte Schweizer Strom wird vor allem dazu benutzt, die Wasserspeicheranlage des Murgwerkes zu füllen, sowohl für den Winterstrom als auch für die Sicherung des Spitzenbedarfs. In Deutsch-Oesterreich ist im September 1927 das Achensee-Werk in Tirol in Betrieb genommen worden, das einen großen Teil der von ihm erzeugten Energie in das Netz des Bayernwerkes schickt, auch hier der Wirtschaft den Weg über die Grenzen bahmend zum Besten der beteiligten Volkswirtschaften.

Die mitteleuropäische Elektrizitätserzeugung liegt bei den Elektrowerken A.-G., deren Aktien sich vollständig im Besitz des Reiches befinden. Als Großkraftzentralen dienen die Werke Golpa-Zschornowitz, Lauta und Trattendorf. Die Jahresleistung beträgt rund 1,5 Milliarden kWh, die in einem 100 000-V-Hochspannungsnetz den Verbrauchern zugeleitet werden. Das Netz umfaßt Niederschlesien, Brandenburg bis Berlin im Norden und die Provinz und das Land Sachsen.

Die Elektrowerke erzeugen die Grundbelastung, während der Spitzenbedarf von den örtlichen Elektrizitätswerken geliefert wird. Als Kraftstoff dient

die mitteleuropäische Braunkohle. Leider ist es hier bisher nicht gelungen, die in den Großkraftwerken entstehende Abwärme wirtschaftlich vollkommen nutzbar zu machen, da es in der Umgebung der Großkraftwerke an Industrien, die als Abnehmer in Frage kämen, z. B. fehlt. Auch auf die Ansiedlung solcher Industrien in der Nachbarschaft der mitteleuropäischen und Lausitzer Braunkohle wird man nicht rechnen können, wenigstens nicht in nennenswertem Umfange, da man in absehbarer Zeit mit der Erschöpfung der mitteleuropäischen Braunkohlenlager rechnet. So muß entgegen einer vollkommenen Ausnutzung der Wärmeenergie der Braunkohle die Abwärme zum Teil ungenutzt ins Kühlwasser geleitet werden.

Die ostpreussische Kraftversorgung. In dem vorwiegend landwirtschaftlich besiedelten Osten Deutschlands ist eine ausreichende Kraftversorgung im Hinblick auf die erstrebte Intensivierung der Landwirtschaft von besonderer Bedeutung. Das „Ostpreußenwerk“ ist die gemeinsame Schöpfung des Reichs, Preußens und der Provinz Ostpreußen, um der durch den Versailler Vertrag vom Mutterlande getrennten und hierdurch wirtschaftlich schwer benachteiligten Provinz die Vorteile einer rationalen Stromversorgung zuteil werden zu lassen. Die elektrische Energie wird hier sowohl aus Wasserkraft als auch aus Steinkohle und Oel (Dieselmotoren) gewonnen. Letzteres ist in den Kraftwerken von Osterode, Gumbinnen und Goldap der



Fall, während in Friedland und Groß-Wohnsdorf Wasserkraftwerke errichtet worden sind. Das Dampfkraftwerk der Stadt Königsberg ist mit dem Ostpreußenwerk verbunden und dient als wertvolle Reserve des letzteren.

**VI. Zukunftsaufgaben der deutschen Energiewirtschaft.**

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die großen Zentralen der deutschen Krafterzeugung bestrebt sind, sich durch Vereinigung (Kuppelung) ihrer Hochspannungsleitung gegenseitig zu ergänzen, um eine tunlichst gleichmäßige Ausnutzung ihrer Anlagen sicherzustellen und allen Ansprüchen der Energieverbraucher gerecht werden zu können. Soweit diese Kuppelung bereits durchgeführt ist, schließen sich die Hochspannungsleitungen in den einzelnen Gegenden Deutschlands zu einem großen Netz zusammen; Wasserkraft- sowie Dampfkraftwerke vereinigen sich in der Erfüllung der einen großen Aufgabe: die deutsche Wirtschaft fortlaufend das ganze Jahr hindurch in ausreichendem Maße mit der notwendigen mechanischen Kraft zu versorgen. Es ist anzunehmen, daß bereits die nächsten Jahre bedeutsame Fortschritte in dieser Richtung bringen werden. Was insbesondere das Verhältnis von Wasserkraft und Kohle zueinander betrifft, so wäre es für die Zukunft als Idealzustand anzusehen, wenn die durchschnittliche Energieerzeugung von den Wasserkraftwerken getragen würde und nur die Spitzenleistung — die Höchstbeanspruchung zu gewissen Zeiten — von den auf Steinkohle oder Braunkohle beruhenden Dampfkraftwerken.

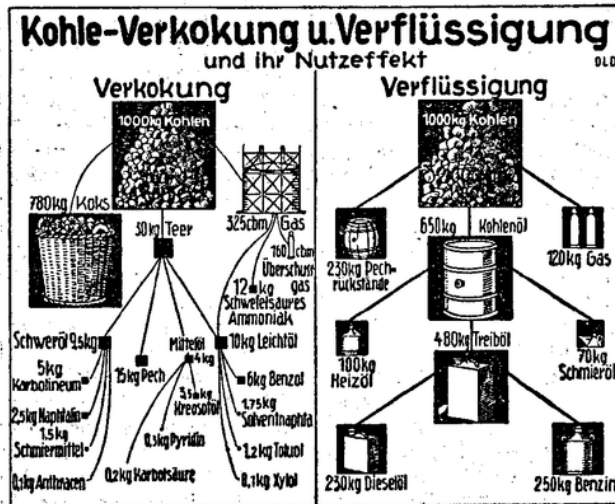
Der Kohlenmangel im Kriege und in den ersten Nachkriegsjahren hatte eine durchgreifende Rationalisierung auf dem Gebiete der Wärme- und Kraftwirtschaft erzwungen. Die deutsche Wirtschaft ist auf diesem Wege, wie wir gesehen haben, erfolgreich fortgeschritten. Von besonderer Bedeutung für die Zukunft der Kraftstoffwirtschaft wird nunmehr die Kohleverflüssigung werden. Nach langjähriger Forschungsarbeit konnte die Errichtung von Großanlagen für Kohleverflüssigung im letzten Jahre in Angriff genommen werden. Namentlich für die Oelversorgung der deutschen Wirtschaft zum Antrieb transportabler Kraftmaschinen (Automobile, Traktoren) wird diese neue Errungenschaft der chemischen Industrie von größter Wichtigkeit sein. Das wird sich auch auf die gesamte deutsche Wirtschafts Bilanz auswirken; wird doch allmählich die erhebliche Einfuhrmenge an Mineralöl fortfallen. Das große finanzielle Opfer Deutschlands an die Länder, die über Oelquellen verfügen, wird dadurch künftig vermieden werden. Um dies in seiner großen volkswirtschaftlichen Bedeutung zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß sich z. B. der Bedarf an Benzin gegenüber der Vorkriegszeit heute mehr als verzwanzigfach hat. Dabei ist die Zahl der Automobile, Motorräder und der Traktoren, um nur diese zu nennen, auch heute noch unaufhaltsam im Steigen begriffen, was sich in einer weiteren Steigerung des Bedarfs an Betriebsstoff auswirken wird. Jeder neue Kraftwagen belastet durch den Verbrauch an Betriebsstoff die deutsche Handelsbilanz um etwa ein Viertel bis ein Drittel seines Wertes.

Die Erfindung der Kohleverflüssigung ist ein Werk deutscher Forscherarbeit. Dr. Bergius in Heidelberg hat sie in Karlsruhe seit 1917 in Angriff genommen und mit der Zähigkeit des echten Forschers und Erfinders zum erfolgreichen Ende geführt. Ein Kapital von nicht weniger als 25 Goldmillionen mußte hierfür aufgewendet werden, von dem etwa die Hälfte lediglich in den Laboratorien aufgebraucht worden ist. In der Zeit der drückendsten Not Deutschlands ist es so gelungen, diese weltumspannende Entdeckung zu machen und zu einem technisch und wirtschaftlich brauchbaren Verfahren auszubauen. Zwei Gesellschaften, die Deutsche Steinkohlen-Bergbau A.-G. und die I. G. Farbenindustrie, sind zurzeit mit der Errichtung von Kohleverflüssigungsanlagen beschäftigt, nachdem zuvor die Großversuchsanlagen bei Rheingau günstige Ergebnisse geliefert hatten. Es ist beachtenswert, daß sowohl Steinkohle wie Braunkohle, und nicht nur die hochwertigen Kohlearten, sondern auch die flühen an

Brenn- und Heizwert nachstehenden Staub- und Flammkohle gleichmäßig im Verflüssigungsverfahren verarbeitet werden können. Wenn auch das endgültige Ergebnis der Wirtschaftlichkeit des Kohleverflüssigungsverfahrens sich erst nach einigen Arbeitsjahren wird exakt errechnen lassen, so rechtfertigen die vorangegangenen Versuche doch einen gewissen Optimismus. Diese Versuche haben das in dem untenstehenden Schaubild in sinnfälliger Form wiedergegebene und in Vergleich zum Verkokungsprozeß gestellte Ergebnis gezeigt.

Wie aus diesem Schaubild ersichtlich ist, stehen den bisher bei der üblichen Verkokung erhältlichen geringen Mengen von Teer- und Leuchtöl die aus der Kohleverflüssigung anfallenden 650 kg, und zwar aus je 1000 kg Kohle, gegenüber. Man kann auf eine Tonne fertiger Oele etwa 2 1/2 bis 3 Tonnen Rohkohle rechnen. Diese Zahlen beweisen zur Genüge, daß die deutsche Kohle, neben ihren anderen wichtigen Zwecken, in Zukunft auch als Rohstoff für die Gewinnung des gesamten deutschen Oelbedarfs Bedeutung erlangen wird. Wie Professor Dr. Bergius anführt, liegt die wirtschaftliche Bedeutung des Kohleverflüssigungsverfahrens vor allem in der Möglichkeit, einen unentbehrlichen Faktor der Volksversorgung im eigenen Lande herzustellen, anstatt ihn unter großen finanziellen Opfern aus dem

Ausland beziehen zu müssen. Die wirtschaftlichen Rückwirkungen dieser Tatsache dürften um so größer werden, als zu erwarten ist, daß auch die meisten übrigen europäischen Länder sich ihre flüssigen Brennstoffe zum größten Teil selbst herstellen werden. Europa, das ölquellenarm ist, wird auf den Import von Oel aus Amerika, Asien und Rußland mehr und mehr verzichten können. Dieser Tatsache muß um so größere Bedeutung beigemessen werden, als die natürlichen Erdölquellen in relativ kurzer Zeit erschöpft sein werden und in den Vereinigten Staaten bekanntlich bereits Bestrebungen im Gange sind, dem Land seine Erdölvorräte zu sichern und zu erhalten.



Um noch ein letztes Gebiet rationeller Energiewirtschaft zu streifen: es wird eine weitere Aufgabe der Zukunft sein, die Erfassung der Abwärme der Dampfkraftanlagen (d. h. der Wärme, die beim Produktionsprozeß sich entwickelt und ungenutzt verloren geht) zu produktiven Zwecken anzustreben. In einzelnen Großstädten, z. B. in Berlin und Hamburg, wird schon jetzt die Abwärme der Dampfkraftwerke in Fernheizanlagen ausgenutzt.

Alle diese hier angeschnittenen Probleme der weiteren Rationalisierung der deutschen Energiewirtschaft sind um so wichtiger, als aller Voraussicht nach der Kraftbedarf sich in Zukunft noch erheblich steigern wird. Das gilt insbesondere von der Verwendung des elektrischen Stroms. Der Kreis der Stromverbraucher wächst von Jahr zu Jahr. Augenblicklich ist die Industrie der Hauptabnehmer elektrischer Energie. Die Eisenbahn wird nunmehr folgen; ist doch neben der bereits zum Teil durchgeführten Elektrifizierung der Berliner Vorortbahn auch die der Berliner Stadtbahn und der elektrische Ausbau der Strecke Frankfurt a. M.—Mannheim—Karlsruhe im Bauprogramm der Reichsbahn geplant. Zu diesen beiden Großkonsumenten wird voraussichtlich in der Zukunft mehr und mehr der Verbrauch von elektrischer Kraft im Haushalt treten. Die Verwendungsmöglichkeiten des Stromes sind hier, abgesehen vom Beleuchtungszweck, noch kaum angeschnitten. Eine ausgedehnte Industrie hat bereits zahlreiche Apparate konstruiert, vom Küchenmotor bis zum elektrischen Bügeleisen, vom Staubsauger bis zum Heizkissen und zur elektrischen Kochplatte, und ihre steigende Verwendung dürfte den Stromabsatz mit der Zeit wesentlich erhöhen. Der Privathaushalt, namentlich in den Städten, wird aber voraussichtlich in Zukunft nicht nur erhöhten Bedarf an Elektrizität haben, auch der Verbrauch von Gas ist daneben immer noch steigerungsfähig, und er ist tatsächlich auch, insbesondere in den letzten Jahren, wesentlich gestiegen. Ueberblicken wir die hier in ihren Hauptlinien betrachtete deutsche Energiewirtschaft, so sehen wir auf allen Zweiggebieten



— sei es die Ausnutzung der Kohle und des Gases, die Verwertung der Wasserkräfte oder die Schaffung zweckmäßiger Anlagen für die Stromversorgung — reges Leben und erkennen, daß in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte erzielt worden sind. Die Auswertung aller Kraftstoffe in Deutschland geht mehr und mehr nach rationellen Grundsätzen vor sich, die

einzelnen Energieformen ergänzen sich und stehen in gegenseitiger fruchtbarer Wechselwirkung. Ihre planvolle Ausgestaltung, an der unablässig gearbeitet wird, bildet ein höchst bedeutsames Glied in der Kette fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung, die wir unter dem Kennwort „Rationalisierung der gesamten deutschen Wirtschaft“ zusammenfassen.

## Gasternversorgung auf Braunkohlenbasis

Im Zusammenhang mit den auf starken Widerstand gestoßenen Bestrebungen der Ruhrkohlenindustrie, eine zentrale Fernversorgung Deutschlands mit Koksogasgas durchzuführen, sind Projekte bekanntgegeben worden, auch das Braunkohlengas, vornehmlich das mitteldeutsche, den Zwecken der Ferngasversorgung nutzbar zu machen. Während an der Ruhr Gas in ausreichenden Mengen freigemacht werden kann (nach Umstellung der Zechenbetriebe auf feste Brennstoffe) und nach entsprechender Aufbereitung unter gewissen Voraussetzungen kommunales Gas ersetzen kann, liegen in dieser Hinsicht die Verhältnisse bei der Braunkohle gänzlich anders. Nicht nur stehen hier bedeutende Gasmengen nicht zur Verfügung, sondern es müssen diese unter Ueberwindung vieler technischer Schwierigkeiten überhaupt erst geschaffen werden, weil die in den Braunkohlenschwelereien zum Teil erzeugten Gasmengen weitaus geringer sind, als für die Aufrechterhaltung der eigenen Schwelereibetriebe nötig ist.

Der heutige Repräsentant des Braunkohlenschwefelofens ist mit wenigen Ausnahmen der aus den siebziger Jahren stammende und seither fast unverändert gebliebene nach seinem Erfinder bekannte Rolle-Ofen, von dem in Mitteldeutschland etwa 1200 (darunter allein bei Riebeck-Montan etwa 800) vorhanden sind. Das Gas aus Rolle-Ofen (und das sind die weitaus überwiegenden) ließe sich wohl in einer Beschaffenheit herstellen, die dem heutigen städtischen Gas ähnelt, wenn man dieses Braunkohlengas vom beträchtlichen Luft- und Kohlensäuregehalt befreien würde. Die erzeugten Gasmengen reichen aber, wie erwähnt, kaum für den eigenen Ofenbetrieb aus; außerdem müßten diese Ofen zur Umstellung auf Beheizung mit anderem Gas noch verschiedenen (wohl kaum durchführbaren) baulichen Veränderungen unterworfen werden, über deren Erfolg in der Zukunft noch keineswegs eine Sicherheit besteht. Für die Gasgewinnung aus Braunkohle erscheint deshalb zweckmäßiger die Anwendung neuerer Konstruktionen und Verfahren. Die neuere Technik bietet wohl die Möglichkeit der Gewinnung heizkräftiger Gase aus Braunkohle, jedoch, was besonders betont werden muß, in einer wesentlich geänderten Zusammensetzung und von bedeutend höherem spezifischen Gewicht als bei dem fast vollständig standardisierten städtischen Gas. Für den Gedanken der Gasternversorgung ist aber schon in Anbetracht ihrer späteren Entwicklungsmöglichkeit und mit Rücksicht auf die durch verschiedene Umstände bewirkten Anforderungen an Gas (Rohrleitungszustand, Brennerbeschaffenheit, Druckverhältnisse, Luftbedarf, Giftigkeit infolge des Kohlenoxydgehaltes, Zerstörungen in Gasbehältern und Gasmessern, Druckverhältnisse infolge veränderten Luftbedarfes usw.) unumgänglich, daß das Braunkohlengas von vornherein den deutschen Gasnormen (4000 bis 4300 WE/cbm, 12 bis 15 Proz. inerte Gase, spezifisches Gewicht = 0,5) möglichst weitgehend entspricht.

Das von Professor Seidenschur vorgeschlagene neuere sogenannte Spilgasverfahren, bei welchem auf dem Wege durch einen bei niedrigen Temperaturen erzeugten gasreichen „Flammkoks“ Destillationsgas gewonnen werden sollte, erscheint nach der von Professor Dolch, Halle, vorgenommenen Nachprüfung wenig versprechend. Der Gehalt des auf diese Weise erzeugten Gases an Kohlensäure und Kohlenoxyd ist sehr hoch, der Heizwert ist niedriger und das spezifische Gewicht höher als beim Steinkohlengas. Das Restprodukt weist eine bedeutende Aschengehaltsanreicherung auf; außerdem ist zu beachten, daß praktische Ergebnisse über dieses Verfahren noch nicht vorliegen.

Von den vielen anderen zu neueren Ofensystemen für malmige Rohbraunkohle vorliegenden Vorschlägen sind praktische Resultate aus längerer Betriebszeit und mehreren Anlagen nur in bezug auf den Ofen der Kohlenveredelung-A.-G. (Leopold-Grube in Edderitz u. a.) bekannt.

Sowohl in diesem Ofen wie auch in den anderen neueren Ofensystemen entfallen bedeutende Mengen Grudekoks, so daß die Rentabilität der Gasgewinnung auch bei solchen Ofen von der Absatzmöglichkeit für Grudekoks zu guten Preisen abhängt.

Man hofft zwar diesen Grudekoks zur Verwendung in Staubfeuerungen heranziehen zu können, was jedoch in erster Linie davon abhängt, ob der Grudekoks preisliche Vorteile gegenüber dem Steinkohlenstaub bieten kann. Günstigenfalls kann man auch keinesfalls erwarten, daß die Industrie sich plötzlich auf Grudekoks umstellt. Es könnte dann die Braunkohlengasversorgung ebenfalls nur schrittweise entsprechend der Eroberung des Marktes durch Grudekoks versucht werden, sofern natürlich die Voraussetzungen bezüglich der Gasqualität zutreffen. Das in diesen Ofen erzeugte Gas zeigt, abgesehen von einem sehr hohen Gehalt an Kohlenoxyd (Träger der Gasgiftigkeit) einen etwa achtfachen Kohlensäuregehalt, ein doppeltes spezifisches Gewicht im Vergleich mit normalem städtischen Gas, sowie einen verhältnismäßig hohen, unter gewissen Umständen nachteiligen Gehalt an schweren Kohlenwasserstoffen auf. Dieses Gas muß deshalb zwecks Verminderung des Kohlensäure- und Kohlenoxydgehaltes und der Herabsetzung des spezifischen Gewichtes usw. eine Aufbereitung erfahren. Hierfür können verschiedene Wege eingeschlagen werden.

Die Beseitigung des größten Teils der Kohlensäure (und zugleich des Schwefelwasserstoffes) durch Kalkmilch würde an der Verarbeitung der gewaltigen Mengen Kalk und Beseitigung seiner Rückstände scheitern. Die versuchte Verringerung des Kohlensäuregehaltes im Gas durch Anwendung der fraktionierten (übrigens apparativ und betriebstechnisch mit Schwierigkeiten verbundenen) Destillation während des Schwelprozesses führte nicht zu dem erwünschten Ergebnis. Es bliebe dann nur noch die Druckauswaschung der Kohlensäure mit Wasser übrig, wobei es noch nicht feststeht, auf welche rentable Weise die gleichzeitig mit der Kohlensäure ausgewaschenen schweren Kohlenwasserstoffe aus dem Wasser zu entfernen wären, damit die bedeutenden Wassermengen ohne Benachteiligung der Nachbarschaft abgeführt werden können.

Eine Entfernung von Kohlensäure und Schwefelwasserstoff allein genügt aber, wie Versuche zeigen, keineswegs. Vielmehr muß auch die chemische Zusammensetzung des Gases derjenigen des üblichen Stadtgases angepaßt werden, und zwar durch Verminderung des Gehaltes an schweren Kohlenwasserstoffen oder Erhöhung des niedrigen Wasserstoffgehaltes um u. a. ein Gas von geeigneter spezifischer Gewicht zu erhalten. Man könnte z. B., wie es Regierungsbaumeister Schmidt, Halle, ausführt, dieses Ziel durch nachträgliche Krackung des vom Teer befreiten Gases erreichen; ob und wie weit dieses Verfahren rentabel erscheint, steht bis jetzt noch nicht fest. Auf alle Fälle ist zu beachten, daß die gewünschte Verminderung des Kohlenoxydgehaltes im Gase hierbei nicht eintreten würde. Ein anderer Weg, der in der Auflösung der schweren Kohlenwasserstoffe während der oben erwähnten Druckauswaschung und darauffolgendes Abdestillieren zur anderweitigen Verwendung liegt, erscheint zu kompliziert und wirtschaftlich aussichtslos. Es bliebe also nur noch das Mischen des Braunkohlenschwefelgases mit anderen leichteren Gasen übrig, und zwar mit Grudegas (Entgasen von Grudekoks), Wassergas oder mit reinem Wasserstoff. Hierzu ist folgendes zu bemerken: Grudegas weist einen hohen Gehalt an Kohlenoxyd auf und ist sehr giftig. Ferner ist zurzeit wenig geklärt und auf alle Fälle zweifelhaft, ob die bei Bereitung dieses Gases verbleibenden Rückstände lohnend verwertet werden können. Die Mischung von Braunkohlenschwefelgas mit der nötigen Menge Wassergas (oder die direkte Erzeugung eines solchen Mischgases im Generator, soweit es technisch möglich ist) ergibt ebenfalls ein unbefriedigendes Resultat, weil hierbei beim Einhalten des gebotenen Mischungsverhältnisses ein Gas mit über 25 Proz. giftigem Kohlenoxyd resultiert, während beim städtischen Gas diese Werte unter 15 Proz. liegen. Das erste Resultat würde man durch Mischen von Schwefelgas mit reinem Wasserstoff erzielen. Man erhält hierbei tatsächlich ein Gas, welches in bezug auf seine chemische Zusammensetzung spezifisches Gewicht, Luftbedarf usw. am besten dem heutigen normierten Leuchtgas entspricht. Dieser letzte Weg ist aber vom Preis für Wasserstoff abhängig, dessen Erzeugungskosten

in erster Linie von der Absatzmöglichkeit für den gleichzeitig entfallenden Sauerstoff bestimmt werden. Bei den in Frage kommenden gewaltigen Mengen von Sauerstoff sind aber günstige Voraussetzungen in dieser Hinsicht nicht gegeben.

Unter solchen Umständen lassen sich natürlich auch keine Rentabilitätsberechnungen aufstellen. Aber auch unter Berücksichtigung der günstigsten Umstände gelangt man hierbei nach Berechnung von Fachleuten zu Gestehtungspreisen für aufbereitetes Braunkohlenferngas, die unter Einschluss der Aus-

gaben für den Gastransport durch Rohre bedeutend über den heutigen Selbsterzeugungskosten des städtischen Kohlendestillationsgases liegen.

Faßt man das obige zusammen, so sieht man, daß die Ferngasversorgung auf Braunkohlenbasis von der Lösung so vieler technischer Probleme und Wechselwirkung wirtschaftlicher Faktoren und anderen Voraussetzungen abhängt, daß an die Verwirklichung dieses Planes noch viele, viele Jahre gar nicht zu denken ist.

## Beseitigung der flüssigen und festen Abfallstoffe und ihre Verwertung

Die Beseitigung der flüssigen Stoffe wird von den Kanälen übernommen. Hierbei unterscheidet man zwei Systeme: Das Misch- und Trennsystem. Kanalnetze werden nach verschiedenen Arten aufgezogen, worunter das Radialsystem bei Großstädten im Vordergrund steht. Die Wassermengen setzen sich zusammen aus Wirtschaftswässern, Abgängen von Mensch und Vieh und Regenwasser. Konstruktion der Kanäle wird ermittelt nach den Mengen dieser Wässer, wobei Brauchwässer konstante darstellen, während die Regenwassermengen nicht addiert, sondern nur verzögert zum Abfluß gelangen. Die Profile müssen so gewählt werden, daß sie eine möglichst große Wasserführung haben und die einzelnen Sammler so gelegt werden, daß das Gelände in seiner natürlichen Neigung möglichst ausgenutzt wird. Bei guten Vorfluten können Regenanlagen angeordnet werden, die bedeutend zur Verbilligung der Kanalleitung beitragen. Beim Trennsystem läßt man das Regenwasser in den Vorfluter abfließen, während die Brauchwässer geklärt werden müssen. Beim Mischsystem läuft alles Wasser durch die Kläranlage. Kläranlagen werden mechanisch oder biologisch betrieben. Unter diesen ist zu erwähnen, die Gitter- und Siebreinigung (Geigersches Sieb) und Reinigung in Klärbrunnen (Emscher Brunnen), Klärung durch chemische Zusätze, künstliche Filterkörper und Bodenfiltration. Unter den chemischen Klärungen hat sich nur das rotische Kohlenbreiverfahren bewährt. Bei Regenfiltern muß ein Schwimstoffabscheider vorgeschaltet werden. Hierbei spielt die Beschaffenheit des Bodens eine große Rolle, denn bei stark lehmigem Boden muß eine Drainage, des betreffenden Gebietes erfolgen. Die Wartung der Kanäle, Betriebe, die bauliche Unterhaltung, die Reinigung, die Bedienung der Kläranlage: Dieser Betrieb ist den betreffenden Neubauverwaltungen direkt angeschlossen. In größeren Städten, wo dauernd Kanalneubauten zu machen sind, ist man auch mit verschiedenen Erfolgen zum Eigenregiebau übergegangen.

Die Beseitigung der festen Abfallstoffe geschieht durch zwei Betriebe: Die Straßenreinigung und die Müllabfuhr. Die Reinigungsarbeiten und die Sammlung des Kehrriechts findet sowohl von Hand, wie maschinell statt. Die übernommene Arbeitsweise ist die der einzelnen Stehposten, die mit Besen verschiedener Art und Wasserschiebern sowie mit Wagen zur Sammlung des Kehrriechts ausgerüstet sind und so dauernd ein gewisses Revier abpatrouillieren und bearbeiten. Die Maschinen sind die Kehrmaschinen und Waschmaschinen mit elektrischem oder benzinmotorischen Antrieb, zu denen in letzter Zeit die selbsttätig aufsammlenden Kehrmaschinen getreten sind, die die Arbeit von Hand auf dem Fahrdamm überflüssig machen. Ein Nebengebiet der Sammlung des Kehrriechts ist die Staubekämpfung, die eine äußerst wichtige Rolle im Betriebe der städtischen Reinigungsanstalten spielt. Die Staubbindung erfolgt entweder durch Wasser oder mittels chemischen Mitteln, von denen letztere nur wenig durchschlagenden Erfolg gezeitigt haben bis auf das Teerölpräparat, das unter dem Namen Huagol in den Handel gebracht, mit einer einmaligen Sprengung für einen ganzen Sommer den Staub bindet. Heute legt man, im Gegensatz zu früher, den besten Fundus für eine gute Staubbindung dadurch, daß die Straßen eine dementsprechende Oberflächenfestigung erhalten (Walzasphalt usw.).

Ein weiteres Gebiet, was hier besprochen werden muß, ist die Schneebeseitigung, die für die Großstädte lebenswichtig ist. Ein einziger Schneefall von 10 bis 15 cm Höhe legt den Verkehr vollständig still. Bisher geschieht die Beseitigung des Schnees mittels Pferde- und Motor-Schneepflügen sowie durch Schieber von Hand und bei geeigneter Witterung durch Spül- und Waschkehrmaschinen. Die Spülmaschinen sind meist Großtankwagen und für Sprengungen wie für Spülungen zu verwenden. In großen Städten des Auslandes wird die Schneebeseitigung fast nur durch Sträuen von Salz bewerkstelligt, was

gegenüber dem hier gebräuchlichen Verfahren der maschinellen Beseitigung bedeutend billiger und absolut sicher ist. Bisher stehen diesem Verfahren hier polizeiliche Maßnahmen entgegen.

Die Beseitigung der Hausabfälle, des sogenannten Hauskehrriechts, erfolgte durchschnittlich bis vor kurzem allgemein per Pferdetransportwagen. Heute sind nur mechanisch betriebene Fahrzeuge für die Müllsammlung und -abfuhr tätig. Für die Abfuhr sind verschiedene Systeme und Konstruktionen auf den Markt gebracht worden. Eine Entscheidung darüber jedoch, welches System den Vorrang für eine gewisse Örtlichkeit haben kann, ist nur nach Kenntnis der betreffenden Verhältnisse zu entscheiden. In Köln ist man dazu übergegangen, die Sammlung mittels Wechseltonnen, und zwar mit sogenannten Ringtonnen zu bewerkstelligen. Die Abfuhr erfolgt mit Elektrokarren mit je einem Anhänger, wobei ein solcher Zug 36 Mülltonnen faßt. Diese Wagen bringen das gesammelte Müll zur Umladestation, in der das Müll staublos und unter Einschränkung jeglicher Handarbeit in Großraumwagen von 12 cbm Inhalt umgeladen wird. Gleichzeitig wird in dieser Station der in der Straßenreinigung gesammelte Kehrriecht ebenfalls in Großraumwagen umgeladen. Bei der Lage der Müllverbrennung für die Kölner Verhältnisse ein Verfahren, das die Notwendigkeit einer Entlastung der Zufahrtstraße zur Müllverbrennung, die vom Mittelpunkt der Stadt 10 km entfernt liegt, berücksichtigt und verhindert, daß der unvermeidliche Leerraum bis zu 20 Proz. des Mülltonneninhalts hin und her transportiert wird. Die Großraumwagen werden zu zweien hintereinandergespannt, von einer Sattelschleppmaschine gezogen. Diese Züge sind mit Knorr-Bremsen ausgerüstet und fahren mit der höchstzulässigen Geschwindigkeit. Die Umladung in der Umladestation geschieht so, daß die Tonnen an einen Schüttraum angehängen, mechanisch gekippt und das Müll hierdurch auf die darunter befindliche Schüttelrinne gelangt. Diese Schüttelrinne transportiert das Material einem Becherwerk zu, das das Müll durch ein Teleskop in den Großraumwagen abgibt. Die Umladung geschieht dadurch staubfrei, daß ein Ventilator sämtlichen Staub aufsaugt und dieser durch ein Naßabscheideverfahren niedergeschlagen wird.

Das in den Großraumwagen gesammelte Müll wird ebenso staubfrei in der Anfahrstelle der Müllverbrennung entleert, wo alsdann das Müll in Grob- und Feinmüll geschieden wird. Das erstere wird im Ofen verbrannt. Der hierbei sich entwickelnde Dampf wird zum Betrieb von Turbinen benutzt, die im Jahr ca. 18 Millionen Kilowatt Elektrizität liefern. Der Abdampf wird für Trocknungszwecke verwandt und steht noch zu einem großen Teil zu Heizzwecken zur Verfügung. Die bei der Verbrennung des Grobmülls entstandenen Schlacken werden nach entsprechender Behandlung zu Baumaterial, Leicht- und Hartbausteinen und anderes mehr verarbeitet, während das Feinmüll in der sogenannten Sinter- und Schmelzanlage unter einer hohen Temperatur geschmolzen oder zu Schlacken verarbeitet wird.

Kurth.

Ein Wasserstandsmesser der üblichen Ausführung kennen die meisten Menschen. Die Behälterwand ist an zwei Stellen angebohrt, die Löcher sind durch ein durchsichtiges Rohr beliebiger Ausführung miteinander verbunden. Dann steht im Rohr das Wasser genau so hoch wie im Inneren des Behälters. Wenn der fragliche Behälter nun schlecht zugänglich ist, ein tiefer Brunnen zum Beispiel? Wie hilft man sich da? In den Brunnen wird eine Art Taucherglocke gesetzt. Sie ist mit Luft gefüllt und durch eine Leitung mit einem normalen Druckmesser (Manometer) verbunden. Da die Glocke unten offen ist, drückt das Wasser über diese ganze Fläche auf die Luft in der Glocke. Die Größe des Druckes hängt ab von der Höhe des Wassers über der Glocke. Den Druck liest man am Manometer ab, damit zugleich also auch die Höhe des Wasserstandes, was erstrebt war,



## Stromverbilligung in Berlin durch neuen Vertrag zwischen den Elektrowerken und der Bewag

Wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, hat der Aufsichtsrat der Berliner Städtische Elektrizitätswerke A.-G. (Bewag) am 21. Mai einem Stromlieferungsvertrage mit den Elektrowerken zugestimmt, der von großer Bedeutung für die Elektrizitätsversorgung der Stadt Berlin ist. Dr. Majerczik schreibt: „Bekanntlich wird die in Berlin benötigte elektrische Energie teils in eigenen Kraftwerken erzeugt, teils aus fremden Kraftwerken über lange Fernleitungen bezogen. Der Hauptteil des Fremdstromes führt von den Elektrowerken her, die im Besitze des Reiches sich befinden. Die Beziehungen zwischen der Stadt und den Elektrowerken stammen aus dem Jahre 1917. Damals wurde eine 10 000-Volt-Doppelleitung von dem Braunkohlenkraftwerk Golpa nach Berlin gebaut. Der Zweck dieser Maßnahme, die eine Kriegsmaßnahme war, lag darin, den Verbrauch an Steinkohle in Berlin und damit auch den Transport der Steinkohle nach Berlin einzuschränken, indem die Energie der Steinkohle durch die der Braunkohle ersetzt wurde. Die Abbildung zeigt die Lage der verschiedenen stadt eigenen Kraftwerke innerhalb Berlins und die drei 100 000-Volt-Fernleitungen, von denen zwei von Golpa, die dritte von Trattendorf herkommen. Auch das letztere Kraftwerk ist im Besitz der Elektrowerke.“

Der Vertrag von 1917 war in Berlin die Ursache erheblicher Unzufriedenheit geworden. Hauptsächlich wurden die Strompreise bemängelt. Diese waren, obgleich mehrfach abgeändert, viel zu hoch, verglichen mit dem heutigen Stande der Erzeugungskosten in einer modernen Elektrizitätsanlage, z. B. dem Großkraftwerk Klingenberg. Das Großkraftwerk, dessen Bau im Jahre 1925 beschlossen worden war, und das seinen vollen Betrieb im Jahre 1927 aufnahm, hat wesentlich dazu beigetragen, die Stellung der Stadt gegenüber den Elektrowerken zu befestigen. Nachdem die Verhandlungen mit kleineren und größeren Unterbrechungen sich über drei Jahre hingezogen hatten, ist jetzt eine Vereinbarung zustande gekommen, die die schwierige Materie in einer Weise regelt, mit der beide Parteien zufrieden sein können.

Das wichtigste, was die Bewag erreicht hat, und was von Anfang an das Hauptziel aller Verhandlungen gewesen war, ist die Senkung des Strombezugspreises. Das allein schon bedeutet eine merkliche Entlastung des Ausgabenetats der Bewag, wie sie durch deren Belastungsverlauf gegeben eine Verbesserung der Strombezugsbedingungen zu erreichen, und zwar in folgender Form: Die Höchstleistung, zu deren Abnahme die Bewag sich verpflichtet hat, wurde von 60 000 Kilowatt in dem alten Verträge auf 80 000 Kilowatt nach dem neuen Verträge gesteigert. Von den 80 000 Kilowatt sind 60 000 zu dem vollen Jahressatze der vereinbarten Grundgebühr zu bezahlen. Die restlichen 20 000 Kilowatt werden nur in den Monaten November bis Februar geliefert und sind dementsprechend auch nur mit einem Drittel der Grundgebühr zu vergüten. Außerdem stellen die Elektrowerke in den Nachmittagsstunden der Tage vom 30. November bis 23. Dezember jeden Jahres — das ist die Zeit der Höchstbelastung der Werke — der Bewag eine Spitzenleistung von 30 000 Kilowatt zur Verfügung. Für diese Spitzenleistung ist keine Grundgebühr zu entrichten, sondern nur eine Arbeitsgebühr für jede abgenommene Spitzenkilowattstunde. Die gestaffelte Form der Energielieferung paßt sich gut den Bedürfnissen der Bewag an, wie sie durch deren Belastungsverlauf gegeben sind. Andererseits beweist es die hohe Leistungsfähigkeit der Elektrowerke, daß diese überhaupt in der Lage sind, sich zu einem dergleichen absatzfreien Stromverkauf zu verpflichten.

Das neue Stromlieferungsabkommen stellt aber nicht nur das

Verhältnis zu Berlin auf eine neue Grundlage, es regelt auch das Vertragsverhältnis zwischen den Elektrowerken und dem Städtischen und Kreiswerk Spandau. Das Spandauer Werk ist im vorigen Jahre durch Ankauf der restlichen 50 Proz. des Kapitals in den Alleinbesitz der Stadt Berlin übergegangen. Spandau und die Elektrowerke hatten im Jahre 1924 einen langjährigen Stromlieferungsvertrag miteinander abgeschlossen. Zwischen den Parteien war es indessen über der Berechnung des Strompreises zu einer ernststen Meinungsverschiedenheit gekommen. Auch dieser bisher noch nicht entschiedene Streit wird durch den neuen Vertrag auf gütliche Weise beigelegt. Berlin verpflichtet sich für Spandau zu einer Leistungsabnahme, die in den Jahren 1928 bis 1932 von 8000 bis auf 20 000 Kilowatt steigt. Insgesamt stehen also der Bewag im Dezember 1932 aus den Fernleitungen der Elektrowerke 130 000 Kilowatt zur Verfügung.

Die jährlichen Strommengen, zu deren Abnahme die Bewag,

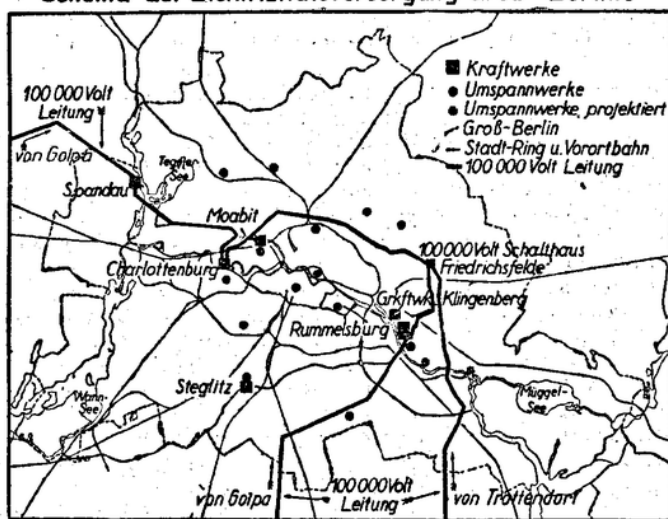
für Berlin und Spandau zusammengenommen, sich verpflichtet hat, steigen in den Jahren 1928 bis 1933 von 340 Millionen bis auf 500 Millionen Kilowattstunden. Auch das fügt sich gut in die bestehenden Verhältnisse ein. Im Jahre 1927 nahm die Bewag von den Elektrowerken 343 Millionen Kilowattstunden ab bei einer Gesamterzeugung (eigene Kraftwerke und Fremdstrombezug) von 1095 Millionen Kilowattstunden. Der neue Stromlieferungsvertrag soll rückwirkend bereits mit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft treten. Er endigt im Jahre 1943. Der alte Vertrag lief noch bis 1932. Für Berlin ergibt sich daraus der Vorteil, daß es bereits  $4\frac{1}{4}$  Jahre vor Ablauf des alten Vertrages in den Genuß des er-

mäßigsten Strompreises tritt. Die Elektrowerke sichern sich durch den neuen Vertrag für weitere 11 Jahre die Energielieferung an die Bewag, die ihr größter Abnehmer ist.

Durch das Abkommen mit den Elektrowerken ist der Fremdstrombezug der Bewag auf eine neue, verbilligte Grundlage gestellt worden. Ebenso hat die Inbetriebsetzung des Großkraftwerkes Klingenberg dazu beigetragen, die Selbstkosten der eigenen Energieerzeugung herabzusetzen. Es bleibt nur zu wünschen, daß von diesen Fortschritten und Verbesserungen auch einmal die Berliner Konsumenten einen Vorteil haben mögen durch Herabminderung der Stromtarife. Diesen Wunsch zu erfüllen, liegt freilich nicht in der Macht der Elektrizitätswerke. Es ist eine Frage des städtischen Haushalts, wie weit die Elektrizitätswerke finanzielle Abgaben an die Stadtkasse zu leisten haben, und wie dementsprechend die Elektrizitätstarife zu bemessen sind. Den wiederholt aufgetretenen Versuchen, die Strompreise zu erhöhen, ist die Sozialdemokratie immer energisch und erfolgreich entgegengetreten.“

**Die Ferngasversorgung von Bielefeld und Braunschweig abgelehnt.** In Bielefeld haben die kommunalen Körperschaften durch einstimmigen Beschluß die Gasversorgung der Stadt Bielefeld aus der von Hamm nach Hannover zu bauenden Ruhrleitung abgelehnt. Dieser Beschluß der Stadt Bielefeld ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil Bielefeld der größte Käufer und wichtigste Anlieger für die Durchführung des Hannover-Vertrages gewesen wäre. Die Unrentabilität des genannten Vertrages wird durch die Fernhaltung der Stadt Bielefeld noch mehr unterstrichen als bisher. — Auch in Braunschweig ist man den Plänen der Kohleverwertungs-A.-G. nicht zugänglich, weil die Leitungskosten zu hoch sind und die lange Vertragsdauer die Konsumenten im Monopolfall mit einer ungerechtfertigten Ausnutzung bedrohen. Nach der Meinung des Leiters des städtischen Betriebsamtes, Baurat Kellner, kann die Kohleverwertung der Stadt Braunschweig kein Angebot machen, dem ohne Bedenken zuzustimmen sei.

Schema der Elektrizitätsversorgung Groß-Berlins



## Ferngasvertrag im oberschlesischen Industriegebiet

Die Ferngasversorgung des oberschlesischen Industriegebietes, die im Gegensatz zu den Ferngasversorgungen im Westen Deutschlands bisher auf rein kommunaler Grundlage aufgebaut war, hat jetzt eine bedeutungsvolle Erweiterung erfahren. Zwischen dem im Herbst v. J. von den Städten Hindenburg und Beuthen gegründeten „Verbandsgaswerk Beuthen-Hindenburg O.-S. G. m. b. H.“ in Hindenburg einerseits und der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. (Preußag) Bergwerks-Direktion Hindenburg sowie den Kokswerken und Chemischen Fabriken A.-G. Berlin andererseits ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der alle kommenden Verhandlungen zwischen Kommunen und Kohlenproduzenten über Bezug von Kokereigas aufs stärkste beeinflussen dürfte. Der Vertrag unterscheidet sich von allen bisher vom Ruhrbergbau vorgelegten Ferngasverträgen grundsätzlich dadurch, daß er nicht nur die Gaslieferung umfaßt, sondern mit einem Kohlen- und Kokslieferungsvertrag verbunden ist. Die Preußag erklärt sich bereit, zunächst für drei Jahre die Belieferung des Gaswerkes Hindenburg mit den für die Gasherstellung erforderlichen Kohlenarten zu einem in bestimmtem Verhältnis unter den Syndikatspreisen liegenden Preis fest zu übernehmen. Sie verpflichtet sich weiterhin, dem Verbandsgaswerk jährlich zur Verwendung als Eigenbedarf und Selbstverbrauch des Gaswerkes und der städtischen Anstalten in den vom Verbandsgaswerk belieferten Kommunen zu den allgemeinen Verkaufsbedingungen des Verkaufsbureaus 8000 t Koks zu einem Vorzugspreis, der 5 Proz. unter dem jeweiligen Festpreis des normalen Gebietes liegt, zu liefern. Für das Verbandsgaswerk besteht eine Abnahmeverpflichtung nur im Rahmen des Eigenbedarfs und Selbstverbrauchs. Der Gaslieferungsvertrag bezieht sich im Gegensatz zum Hannoveraner-Vertrag nur auf die Lieferung zusätzlichen Gases. Die Gaserzeugung des Hindenburger Werkes wird voll aufrechterhalten, nur findet eine Erweiterung der eigenen Gaserzeugung während der Dauer des Vertrages nicht statt. Dabei gilt nicht als Erweiterung die Steigerung der Erzeugung im Gaswerk infolge Durchführung technischer Neuerungen, sofern die gesamte Gaserzeugung ein Drittel derjenigen Gasmenge nicht überschreitet, welche die Kokereien zum Verbrauch als Kommunalgas an das Verbandsgaswerk jeweils liefert. Die Lieferungsverpflichtung der Kokereien wird vorläufig auf jährlich 12 Millionen cbm Gas — das ungereinigt geliefert wird — beschränkt. Erweiterung dieser Menge zu den in dem Vertrag festgelegten Bedingungen ist vorgesehen. Der Preis des an das Verbandsgaswerk zum Weiterverkauf an die Verbraucher zu liefernden Gases (Kommunalgas) beträgt frei Gaswerk Hindenburg für die ersten im Jahre abgenommenen drei Millionen cbm 1,75 Pf. je cbm und sinkt stufenweise bis 1,5 Pf. je cbm bei einer Abnahme von über 10 Millionen cbm. Diese Gaspreise liegen weit unter allen bisher vom Ruhrbergbau geforderten. Auch die Tatsache, daß es sich hier um ungereinigtes Gas handelt, kann hieran nichts ändern, da die Reinigungskosten je Kubikmeter nur Hundertteile eines Pfennigs betragen. In ihrer Denkschrift nennt die A.-G. für Kohleverwertung als den durchschnittlichen Preis der bisher abgeschlossenen Ferngasbezugsverträge 3,5 Pf. pro cbm. Das ist etwa das Doppelte des Betrages, den das Verbandsgaswerk zahlt, wobei die Gaspreise einzelner früherer Verträge, bei denen die Verhältnisse auch bezüglich der Länge der Gasleitungen durchaus gleichartig liegen, sich noch wesentlich höher stellen. Auch in den Verträgen der A.-G. für Kohleverwertung mit der Ferngasversorgung Westfalen und mit der Stadt Hannover sind weit höhere Preise vereinbart.

Für die im Versorgungsbezirk des Verbandsgaswerkes und der jeweiligen Stadtbezirke Hindenburg und Beuthen gelegenen eigenen Betriebe der Preußag und der Kokswerke und deren Teilhaber sowie die Betriebe derjenigen Gesellschaften, an denen die Gaslieferer oder ihre Teilhaber mit mehr als 50 Proz. beteiligt sind (Konzernwerke), ist direkte Belieferung vereinbart, jedoch lediglich zum Selbstverbrauch und Eigenbedarf. Ebenso erfolgt unmittelbare Abgabe von Koksofengas an diejenigen Großabnehmer in den obgenannten Bezirken, die arbeitstäglich mindestens 10 000 cbm verbrauchen. Diejenigen Abnehmer, die täglich über 1000 cbm und weniger als 10 000 cbm verbrauchen, können im Einvernehmen mit dem Gaswerk ebenfalls direkt beliefert werden, wenn die Belieferung den wirtschaftlichen Interessen beider Parteien entspricht.

Für die Verlegung der Rohrleitungen, die zur Belieferung der Konzernwerke dienen, wird eine Anerkennungsgebühr gezahlt. Für die Gestattung der unmittelbaren Belieferung an Großabnehmer zahlen die Gasproduzenten ein nach Höhe der Gesamtjahresabgabe gestaffeltes Entgelt pro Kubikmeter abgegebenen Gases.

Die Verlegung, sowohl der Leitungen, die zur Versorgung des Gaswerkes dienen, als auch der Durchgangsleitungen nach außerhalb des Versorgungsgebietes der Städte und des Gaswerkes, wird unentgeltlich gestattet. Dagegen verpflichten sich Preußag und Kokswerke bei Vertragsabschluß über eine Gasfernversorgung, die sich außerhalb des Industriegebietes erstreckt, als Bedingung zu stellen, daß das Verbandsgaswerk zu einer angemessenen Beteiligung an demjenigen Unternehmen, welches Träger der Gasfernversorgung werden soll, aufgefordert wird. Das gilt auch für den Fall, daß die Gemeinschaft selbst Träger der Gasfernversorgung wird.

Der Vertrag weist also in wichtigen Punkten eine wesentlich andere Gestaltung als die von der A.-G. für Kohleverwertung bisher vorgelegten Verträge auf. Die schwersten in diesen letzteren Verträgen enthaltenen Mängel sind behoben und damit der Weg für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Ferngasversorgung des oberschlesischen Industriegebietes, die auch den kommunalpolitischen Interessen und den Wünschen der Verbraucher gerecht wird, freigemacht. („Die Gemeinde“.)

## RUNDSCHAU

**Blechbetonstraßen.** Zurzeit sind die Tiefbauer in Deutschland noch nicht darüber klar, ob Betonstraße oder Asphaltstraße das Ideal ist. Daß die Betonstraße völlig aus einheimischem Baustoff hergestellt wird, gibt ihr vor der anderen einen gewissen Vorsprung. Aber auch in Deutschland gibt es Asphalt, so bei Hannover, im südlichen Braunschweig, in Holstein und bei Bentheim. Doch ein Zuschlag von Trinidad-Asphalt zu ihm ist unerlässlich. Die volkswirtschaftlich erwünschtere Betonstraße hat einige Nachteile: die Straßendecke „arbeitet“ noch nach der Verlegung, streckt sich, zieht sich zusammen und bekommt unter dem Einfluß der Witterung Risse und Sprünge. Man muß sie daher gleich von Anfang an in bestimmten Abständen unterteilen. Man gibt ihr Dilatationsfugen (Dehnungsspalten) zum „Atmen“ — gerade so wie man beim Eisenbahnoberbau an den Schienenstößen den Wärmegrad, die Wärmespielräume, läßt. — Diese Dehnfugen verlaufen quer über die ganze Breite der Straßendecke und teilen sie in lauter Abschnitte. Aber wie auch beim Schienengleis der Stoß seiner Lücke wegen die schwächste Stelle ist, so hat auch die Dehnfuge in der Decke der Betonstraße unangenehme Folgen. An ihr treten die ersten Beschädigungen auf. So eng nämlich die Fuge ist, die Radreifen spüren die Lücke doch und drücken beim Herabgleiten wie beim Hinaufklettern die Kante stärker als die Betonplatte. Der Stoß bringt die Kante zum Bröckeln, zumal nicht nur Gummireifen, sondern auch Eisenreifen mit manchmal recht hoher Geschwindigkeit und Radlast passieren. Wie rasch sich aber schon geringe Kantenschäden über die Straßenfläche verbreiten, kann man am besten beurteilen, wenn man einmal einen solchen Fall auf einer verkehrsreichen Straße beobachtet hat, zumal bei Makadamisierung. In Tagen, ja in Stunden ist das Uebel 100 Meter weit wie eine böse Hautflechte über die Straßendecke verbreitet. — Eine neue englische Bauweise scheint alle Fehler der Betonstraße zu beseitigen. Bei dieser Art Straßendecke, „Surfasteal“ genannt, baut man über die ganze Länge und Breite der Betonfläche in der Fahrtrichtung zickzackförmig gebogene Blechstreifen dicht nebeneinander ein, so daß der Beton selbst gleichfalls in Zickzackstreifen zerlegt wird. Die etwa handbreiten, hochkant gestellten Bleche entsprechen genau der Dicke der Betondecke, ihre Oberkante liegt also mit der Fahrbahnfläche bündig. Die in lauter kleine Stücke unterteilte Betondecke kann also nicht die Dehnungs- und Schrumpffehler einer größeren ununterbrochenen Strecke entwickeln. Die schwachen Kanten der Trennfugen aber sind durch die Blechkante wirkungsvoll geschützt, und die Zickzackanordnung ist das beste Mittel gegen Verschieben oder Losewerden der Blechstreifen. Die gleiche Verstärkung soll sich übrigens auch bei Stampfasphalt anbringen lassen. Man hat bereits mehrere englische Straßen nach dieser Methode gebaut und ist damit recht zufrieden. Ein abschließendes Urteil über Wert oder Unwert der Surfasteal-Bauweise kann natürlich erst nach mehrjährigem Probetrieb abgegeben werden.



13 627 Personen — überwiegend ambulatorisch — gegen 11 630 Personen im Vorjahr einer Heilbehandlung wegen Geschlechtskrankheiten unterzogen. Von je 100 Behandelten litten

an	insgesamt		Männer		Frauen	
	1925	1926	1925	1926	1925	1926
Syphilis . . . . .	51,2	49,1	45,2	42,4	65,8	64,2
Tripper . . . . .	39,1	42,3	43,8	47,9	27,5	29,9
Syphilis und Tripper . . . . .	3,9	3,9	3,0	3,1	6,2	5,6
andere Geschlechtskrankheiten . . . . .	5,8	4,7	8,0	6,6	0,5	0,3

Bei den Männern waren die wegen Tripper Behandelten mit einer erheblichen Zunahme gegen das Vorjahr am zahlreichsten, bei den Frauen überwogen dagegen wie 1925 die wegen Syphilis Behandelten bei weitem. Die Gesamtkosten betragen 1,0 Millionen Mark gegen 0,7 Millionen Mark im Vorjahre. Die Durchschnittskosten betragen für die in Krankenhäusern untergebrachten Personen stellten sich mit 135 Mk. etwas höher als im Vorjahre (125 Mk.), da die durchschnittliche Behandlungsdauer von 40 auf 49 Tage gestiegen ist. Die Durchschnittskosten je Verpflegungstag sind dagegen von 3,09 auf 2,77 Mk. gesunken. Für die ambulatorisch Behandelten wurden im Durchschnitt 66 Mk. gegen 55 Mk. im Vorjahr aufgewandt.

und 777 Kinder. Es standen also insgesamt 108 Heilstätten mit 13 846 Betten zur Verfügung gegen 98 Heilstätten mit 12 969 Betten im Vorjahre. Die Gesamtkosten der Anstaltspflege je Kopf und Tag schwankten zwischen 2 Mk. (bei Kindern) und rund 13 Mk. Bei der starken Inanspruchnahme des Heilverfahrens durch die Versicherten reichten jedoch die eigenen oder gemieteten Heilstätten nicht aus, es mußte daher eine große Anzahl fremder Sanatorien usw. mitbenutzt werden.

Neben der eigentlichen Heilbehandlung können — wie eingangs erwähnt — die Landesversicherungsanstalten auch Mittel zur allgemeinen Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung aufwenden. Von dieser Ermächtigung haben die Landesversicherungsanstalten in steigendem Umfange Gebrauch gemacht und im Berichtsjahr insgesamt 9,2 Millionen Mark (1,4 Proz. der Beitragseinnahme) gegen 7,0 Millionen Mark im Vorjahre (1,3 Proz.) und 1,4 Millionen Mark (0,5 Proz.) im Jahre 1913 aufgewandt. Im Vordergrund steht auch hier die Bekämpfung der Tuberkulose; namhafte Beträge wurden jedoch auch für Kinderfürsorge und zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten ausgegeben. Für den letzteren Zweck haben die Träger der Invalidenversicherung zum Teil in Verbindung mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte besondere Beratungsstellen für Geschlechtskranke errichtet. Ihre Zahl hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Ende

Die bei den Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten als krank gemeldeten Personen.

Krankheitsart	Männer				Frauen				Kinder unter 14 Jahren			
	überhaupt		Proz.		überhaupt		Proz.		überhaupt		Proz.	
	1925	1926	1925	1926	1925	1926	1925	1926	1925	1926	1925	1926
Syphilis . . . . .	13 079	13 896	49,0	44,6	12 230	12 960	62,7	57,7	1 200	1 304	70,6	68,8
Tripper . . . . .	11 278	14 764	42,2	47,3	5 539	7 559	28,4	33,6	393	452	23,2	23,8
Syphilis und Tripper . . . . .	717	875	2,7	2,8	1 091	1 278	5,6	5,7	7	12	0,4	0,6
Andere Geschlechtskrankheiten . . . . .	1 624	1 657	6,1	5,3	642	680	3,3	3,0	99	129	5,8	6,8
<b>Zusammen</b>	<b>26 698</b>	<b>31 192</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>19 502</b>	<b>22 477</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>1 699</b>	<b>1 897</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Darunter:</b>												
Verheiratet . . . . .	7 861	9 065	29,4	29,1	5 963	6 801	30,6	30,3	—	—	—	—
Unverheiratet . . . . .	18 837	22 127	70,6	70,9	13 539	15 676	69,4	69,7	—	—	—	—

Wegen „anderer Krankheiten“ sind im Berichtsjahr 51 576 Personen einer ständigen und 153 371 Personen einer nichtständigen Heilbehandlung mit einem Kostenaufwand von 15,0 und 8,3 Millionen Mark unterzogen worden. Von letzterem Betrage entfielen 7,9 Millionen Mark auf Zahnbehandlung, die sich auf 149 234 Personen erstreckte gegen 103 776 Personen im Vorjahr und 49 500 Personen 1913. Von der gesamten Zunahme der von Trägern der Invalidenversicherung einer Heilbehandlung unterzogenen Personen gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr entfielen 87 Proz. auf die Zahnbehandlung.

Zur Durchführung der Heilbehandlung verfügten die Träger der Invalidenversicherung im Jahre 1926 über 58 eigene oder gemietete Lungenheilstätten mit Betten für 4671 Männer, 2442 Frauen und 745 Kinder und ferner über 50 sonstige Heilstätten mit Betten für 2864 Männer, 2347 Frauen

1924 gab es 119, Ende 1925 164, Ende 1926 bereits 187 solcher Beratungsstellen, bei denen im Berichtsjahr 84 229 Personen gegen 71 198 im Vorjahr als krank gemeldet wurden. Besonders beachtenswert ist die Zunahme der Selbstmeldungen von 20 724 auf 24 501. Unter den als geschlechtskrank Gemeldeten sind im Jahre 1925 47 899, im Jahre 1926 55 566 Personen als tatsächlich krank befunden worden.

Durchweg ist der Anteil der Syphiliskranken zurückgegangen, er war jedoch bei den Frauen und besonders bei den Kindern immer noch erheblich größer als der der Tripperkranken. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen waren rund drei Zehntel der Gemeldeten verheiratet.

Der Gesamtaufwand der Invalidenversicherung für die Beratungsstellen betrug im Berichtsjahr 639 996 Mk. gegen 551 240 Mark im Jahre 1925. („Wirtschaft und Statistik“.)

## Lohnregelung für die Reichs- und preussischen Wasserbauarbeiter

Es ist eine allgemeine Erscheinung, daß die Lohnregelungen der Reichs- und Staatsarbeiter keineswegs im Eilzugtempo vor sich gehen. Der langweilige Zustand ergibt sich dadurch, daß die mit der Lohnregelung beauftragten Referenten nie genügend Vollmachten besitzen über den ihnen erteilten Auftrag hinauszufragen, selbst auch dann, wenn die Herren vollständig von der Notwendigkeit weiterer Zugeständnisse überzeugt sind.

Fast in jeder Lohn- oder Tarifverhandlung hören wir die gleichen Worte: „Meine Herren, meine Vollmacht ist hier beendet, ich muß erst weiter Rücksprache in meinem Hause nehmen, oder ich muß in dieser Frage erst meinem Herrn Minister Vortrag halten.“

Diese uns satfam bekannten Vorträge oder Rücksprachen verzögern oftmals die Verhandlungen unendlich. Oftmals ergibt sich, daß 4 bis 6 Wochen und auch darüber hinaus vergehen, bis eine Vereinbarung zustande kommt. Das Schlimmste auf diesem Gebiete leistet sich das Reichsverkehrsministerium.

Hier wird häufig tage- und wochentlang verhandelt, ohne daß das geringste positive Ergebnis gezeitigt wird. Seitdem hier als Lohnreferent der Ministerialrat Leube seinen Einzug gehalten hat, gehen Tarifverhandlungen monatelang vor sich.

Wenn die Tarifverhandlungen hier in der bisherigen Form weitergeführt werden sollen, müssen sich die in Frage kommenden

Gewerkschaften sich allen Ernstes damit beschäftigen, ob es nicht zweckmäßig erscheint, die Bureaus der Gewerkschaften in das Reichsverkehrsministerium zu verlegen. Die seit Wochen geführten Verhandlungen über den Lohnarif mußten schließlich ergebnislos abgebrochen werden, weil jede Verständigung an dem Wenn und Aber des Herrn L. scheiterte.

Nicht die Notwendigkeit der Lohn erhöhungen war entscheidend, sondern der Hinweis auf die Löhne der Eisenbahnarbeiter und der angebliche Mangel an Etatmitteln. Alle diese „Begründungen“ des Reichsverkehrsministeriums, selbst der Hinweis auf Arbeiterentlassungen bei weitergehenden Lohn erhöhungen konnten uns nicht bewegen, von unsern minimalen Forderungen abzuweichen. Auch bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Ministerialrats Grabein erklärte das Reichsverkehrsministerium unter keinen Umständen über die Löhne der Reichsbahnarbeiter hinausgehen zu können. Diese Theorie ist im Reichsarbeitsministerium vom Schlichter nicht anerkannt worden und mit den Stimmen der Arbeitnehmervertreter ein Schiedspruch gefällt worden, der zwar nicht allen unsern Wünschen Rechnung trägt, aber doch zum Ausdruck bringt, daß die Eisenbahnerlöhne nicht für alle übrigen Reichs- und Staatsarbeiter entscheidend sein können.

Der Schiedspruch lautet:

I. Mit Wirkung vom 1. April 1928 erhöhen sich die Löhne für sämtliche Orte und Streckenunterhaltungsbezirke in den Lohngruppen I, II, III und IV um 6 Pf. in der Lohngruppe Vb um 5 Pf., in der Lohngruppe Va um 4 Pf.

Diese Lohnregelung ist mit einmonatiger Frist kündbar, erstmalig zum 31. März 1929.

II. Erklärungsfrist der Parteien gegeneinander und gegenüber dem Schlichter bis zum Freitag, den 1. Juni 1928, mittags 12 Uhr.

Die Arbeitnehmerverbände haben einmütig beschlossen, diesen Schiedspruch anzunehmen. Sie hoffen, daß auch das Reichsverkehrsministerium zustimmen wird.

Die Beratungen über den Manteltarif sollen in der zweiten Juniwoche fortgesetzt werden. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist kaum anzunehmen, daß die Verhandlungen positives Ergebnis zeitigen werden, es sei denn, daß Herr L. sein Wissen beim Schlichter etwas bereichert hat. Schließlich sollte aber auch das

Reichsverkehrsministerium erkennen, daß bei Behandlung von Tarif- und arbeitsrechtlichen Fragen nicht starre Juristerei am Platze ist, sondern soziales Verständnis und praktische Erfahrung im Tarifwesen. Es könnte schließlich auch einmal der Geduldsfaden der Wasserbauarbeiter reißen.

Da der Manteltarif zum 31. März bereits gekündigt war, ist bis zum Abschluß eines neuen Manteltarifes folgende Vereinbarung getroffen worden:

Der zum 31. März 1928 gekündigte LWB. vom 25. Mai 1926 gilt mit seinen Anlagen und den besonders vereinbarten Ergänzungen in vollem Umfange solange weiter, bis der neue Tarifvertrag abgeschlossen ist oder eine der vertragsschließenden Parteien erklärt, daß sie die Verhandlungen als gescheitert betrachtet. Berlin, den 22. Mai 1928.

Unsere Kollegen Wasserbauarbeiter werden aus diesen Vorgängen erkennen, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten wir im Reichsverkehrsministerium bei Gestaltung von Lohn- und Tariffragen zu rechnen haben. Stärkt die Organisation! E. Sch.

## Neuwahlen zu den Betriebsvertretungen im Bereiche des Reichsverkehrsministeriums

Die Neuwahlen zu den örtlichen Betriebsvertretungen, Bezirksbetriebsräten und zum Hauptbetriebsrat finden am 19. Juni statt.

Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium ist es uns gelungen, daß die Zahl der Mitglieder zum Hauptbetriebsrat von sechs auf neun erhöht wurde. Hierdurch wird ermöglicht, daß weitere Kreise unserer Kollegen zur Mitarbeit herangezogen werden. Die freigewerkschaftlichen Organisationen werden auch in diesem Jahre eine gemeinsame Liste in Vorschlag bringen. Wir erwarten, daß sich unsere Kollegen reiflos an der Wahl beteiligen und für unsere gemeinsame Liste stimmen. Gerade die letzten Vorgänge in der Lohnbewegung sollten unseren Kollegen Veranlassung geben, die Wahlen zum Hauptbetriebsrat zu einer machtvollen Demonstration für die freien Gewerkschaften zu gestalten.

Aus dem Wahlaus schreiben geben wir wieder:

„Gemäß § 66 und § 67 der Verordnung über die Bildung von Betriebsvertretungen im Bereich der Reichswasserstraßenverwaltung und der Zentralkasse für Flugversicherung vom 22. August 1922 nebst Änderungen vom 23. Mai 1924 und 28. April 1928 sind von den mindestens 18 Jahre alten im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten der Reichswasserstraßenverwaltung und der Zentralkasse für Flugversicherung, zusammen 9 Hauptbetriebsratsmitglieder zu wählen. Hiervon entfallen auf die Arbeiter 8 Mitglieder, auf die Angestellten 1 Mitglied.

Wählbar sind unter den Voraussetzungen des § 18 und des § 19 Abs. 2 der Verordnung über die Bildung von Betriebsvertretungen im Bereich der Reichswasserstraßenverwaltung und der Zentralkasse für Flugversicherung alle mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten.

Die zugelassenen Vorschlagslisten werden spätestens am 12. Juni d. J. im Reichsverkehrsblatt veröffentlicht. Sie werden in der Zeit vom 12. Juni bis 19. Juni d. J. täglich von 9 bis 12 Uhr vormittags im Reichsverkehrsministerium, Berlin W 8, Wilhelmstr. 86/87, Zimmer 633, zur Einsicht der Wähler ausliegen.

Die Stimmenabgabe über die zugelassenen Vorschlagslisten für die Wahl zum Hauptbetriebsrat findet gleichzeitig mit der Stimmenabgabe für die Wahl der örtlichen Betriebsvertretung und der Bezirksbetriebsvertretung mit roten Stimmzetteln in einem Wahlumschlag statt (§ 36 in Verbindung mit § 26 und § 11 der geänderten Wahlordnung vom 20. Mai 1925). Das Nähere ist aus dem örtlichen Wahlaus schreiben zu ersehen. Jeder Wahlberechtigte darf nur für eine der vom Hauptwahlvorstand für die Wahl zum Hauptbetriebsrat zugelassenen Vorschlagslisten stimmen.

Die Abgabe der Stimmen hat getrennt für Arbeiter und Angestellte zu erfolgen. Das Ergebnis der Stimmenabgabe für jede Gruppe ist in der gemäß § 17 der Wahlordnung zu fertigenden und gemäß § 34 Abs. 2 a. a. O. dem Hauptwahlvorstand durch die örtlichen Wahlvorstände einzureichenden Niederschrift gemäß Anlage 4 zur Wahlordnung usw. ersichtlich zu machen.

Die wirtschaftlichen Organisationen haben sich zur Vereinfachung der Wahlvorbereitung dahingehend geeinigt, daß überall dort, wo getrennte Vorschlagslisten eingereicht werden, die freigewerkschaftliche Arbeiterliste die Nr. 1, die freigewerkschaftliche Angestelltenliste die Nr. 2, die Arbeiterliste der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft die Nr. 3, die Angestelltenliste dieser Gewerkschaft die Nr. 4 erhalten soll, sowohl für die örtlichen und die Bezirksbetriebsratswahlen, wie auch für die Hauptbetriebsratswahl. Wir empfehlen den Wahlvorständen, hiernach zu verfahren.“

Wie wird am 19. Juni gewählt? Zur bevorstehenden Wahl der örtlichen Betriebsräte und Obleute, der Bezirks- und Hauptbetriebsräte im Bereich der Reichswasserstraßen- und preussischen Wasserbauverwaltung ist folgendes zu beachten: Wahlberechtigt sind alle am Wahltag mindestens 18 Jahre alten

männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten, die am Tage der Wahl mindestens sechs Monate bei der Reichswasserstraßen- oder preussischen Wasserbauverwaltung tätig sind.

Die Stimmzettel für die Wahl der Hauptbetriebsräte sind für das Reich rot (10 × 12 cm groß).

Die Stimmzettel für die Wahl der Bezirksbetriebsräte sind für das Reich grün (auch 10 × 12 cm groß). Für Preußen findet keine Bezirksbetriebsratswahl statt.

Die Stimmzettel für die Wahl der örtlichen Betriebsräte und Obleute sind weiß (auch 10 × 12 cm groß).

Jeder Wähler darf nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten stimmen. Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt getrennt nach Arbeiter und Angestellte. Der Wähler hat seine Stimmzettel für die Wahl zum örtlichen Bezirks- und Hauptbetriebsrat in einem Wahlumschlag abzugeben. Der Wahlumschlag wird von der Verwaltung durch den Wahlvorstand vor der Wahl überreicht.

Ist ein Wähler aus dienstlichen oder wichtigen persönlichen Gründen verhindert, am Wahltag seine Stimme abzugeben, so kann er den Wahlumschlag mit dem Stimmzettel in einem zweiten, verschlossenen und mit seinem Namen versehenen Umschlag einem Mitgliede des Wahlvorstandes schon frühestens am sechsten Tage vor der Wahl persönlich übergeben.

Wenn am Orte nur eine oder überhaupt keine Vorschlagsliste zur Wahl des örtlichen Betriebsrats eingereicht ist, muß trotzdem eine Beteiligung an der Wahl der Bezirks- und Hauptbetriebsräte durch die Kollegen stattfinden.

Wie erfolgt nun die Ermittlung des Wahlergebnisses? Die Wahlvorstände oder Wahlleiter für die Wahl der örtlichen Betriebsräte und Obleute, denen auch die Besorgung der örtlichen Wahlgeschäfte für die Bezirks- und Hauptbetriebsratswahlen obliegen, haben nach Schluß der Wahl das Ergebnis jeder Wahl zu ermitteln, und zwar spätestens, laut § 17 der Wahlordnung, am anderen Tage der Wahl. Die Feststellung der Ergebnisse für die Wahl des Bezirks- und Hauptbetriebsrats muß im ersten Falle laut § 31 binnen einer Woche nach dem Wahltag und für die Wahl des Hauptbetriebsrats, laut § 34 der abgeänderten Wahlordnung, binnen drei Wochen nach dem letzten Wahltag erfolgen.

Nun Kollegen, ans Werk, intensive Wahlarbeit verbürgt den Sieg der Liste 1.

## Proletenlied

Ich bin ein Prolet und du ein Prolet;  
wir lieben das Leben, wir sehen sonst nichts  
als um uns die Erde, die ewig sich dreht,  
täglich voll Schatten und Sonnenlichts.  
Und unsern Tag, der eintönig steht —  
wir schaffen und sorgen und haben sonst nichts.  
Die Woche geht um, der Sonntag verweht,  
da suchen wir was und finden doch nichts.  
Die Jahre gehn um, wie die Jugend verweht,  
wir haben gearbt und wir haben doch nichts.  
Ich bin ein Prolet und du ein Prolet,  
wir bauen die Zukunft, sonst haben wir nichts.

Julius Zersäß.



## Bildungsarbeit

### Sprachkurse

Anfang Juni beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Sommerlehrgänge (Abendkurse) in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Deutsche Rechtschreibung und Sprachlehre“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzzeichenkunde, Sprachlehre; Fremdwortkunde; „mir oder mich“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen. Zur Deckung der Unkosten wird ein monatlicher Beitrag von 4 Mk. erhoben. Erwerbslose Kollegen zahlen monatlich 2 Mk. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule, Berlin W 57, Zietenstraße 6a.

### Neue Schulen der Erwachsenenbildung

Ein besonderes Kennzeichen der Nachkriegsentwicklung im Erwachsenenbildungswesen ist das Entstehen einer großen Reihe von Heimen. Sie entsprangen dem Willen zu intensiverer, konzentrierter Arbeit. Zwar hat es überall Möglichkeiten für den erwachsenen Arbeiter gegeben, sich in Abendkursen fortzubilden. Aber den Kraftaufwand lohnte häufig das Ergebnis nicht. Der schon von der Tagesarbeit Ermüdete bringt zu wenig Elastizität und Aufnahmefähigkeit in den Abendunterricht mit. So kann man ruhig sagen, ein von anderen Sorgen und Mühen nicht belastetes Ganztagesstudium von 14 Tagen gibt dem Schüler, allerdings bei ganzer Hingabe an die Kursusforderungen, ebensoviel als ein zwei Winter hindurch laufender Abendunterricht. Deshalb ging man mehr und mehr zur Errichtung von Ganztageskursen über. Daß damit auch eine größere Möglichkeit erzieherischen Einflusses durch das Zusammenleben mit den Lehrern und die Gemeinschaft mit den andern Teilnehmern gewährt ist, leuchtet ohne weiteres ein. Es bestehen heute in Deutschland über 60 solcher Heime. Man wird über die große Zahl erstaunt sein. Die Heime sind mit ihren Lehrabsichten, -plänen, Aufnahmebedingungen und Adressen in dem Nachweiser, Teil 3, April 1927, aufgezählt, den das Archiv für Volksbildung im Reichsministerium des Innern herausgibt. Daraus geht hervor, daß die meisten evangelisch-national eingestellt sind. Unter diesen befinden sich eine Reihe „Bauernvolkshochschulen“. Dieser Typus ist besonders beachtenswert, da er eine engere Nachbildung der dänischen Bauernvolkshochschule darstellt, die von Grundvig in der bewußten Absicht begründet wurde, den dänischen Bauernstand geistig und wirtschaftlich zu fördern. Der wirtschaftliche Hochstand des dänischen Bauern darf zu einem guten Teil auf seine Verlebendigung und der Aufgeschlossenheit neuer Methoden der Wirtschaft und der genossenschaftlichen Selbsthilfe gegenüber durch die Volkshochschule zurückgeführt werden. Für den rückständigeren deutschen Bauern kann neben den landwirtschaftlichen Winterkursen, die fachlich unterrichten, der Ausbau solcher Volkshochschulheime recht bedeutungsvoll werden.

Eine andere Gruppe ist neutral. Unter ihnen befinden sich einige der bekanntesten und pädagogisch tüchtigsten, wie Sachsenburg, Dreißigacker, Prerow, Comburg. Unter Neutralität darf der moderne Pädagoge aber nicht etwa Fernhaltung von politischen oder weltanschaulichen Problemen sehen. Gerade das Ringen um Klarheit über sie bedeutet ja ein Kernstück der Erziehung. Der Lehrer muß selbst einen festen Standpunkt haben, eine feste eigene Meinung besitzen, er darf sie nur nicht aufdrängen wollen. Er soll mit dazu beitragen, daß die mit den Problemen ringenden sich in der Diskussion, im Zwiegespräch klären. Er muß verstehender Freund auch für einen Andersdenkenden sein können. Das bringt natürlich nicht jeder fertig. Darum erfordert solch ein Heim einen geborenen Pädagogen, hängt sein Erfolg von der Erzieherpersönlichkeit ab.

Das meiste Interesse bieten für uns natürlich die sozialistisch eingestellten Heime. Das älteste ist Tinz, das auch deshalb für uns besondere Bedeutung hat, weil es eine staatliche Schule ist. Die Kosten des Unterrichts trägt der Staat, die Schüler werden von der Partei und den freien Gewerkschaften delegiert. Als nächstes Heim ist dann die Wirtschaftsschule der Metallarbeiter in Dürrenberg, der Fabrikarbeiter in Wennigsen und unseres in Buchow zu nennen. Diese drei ähneln sich in Absicht, Plan und Aufbau. Sie sind alle auf den ganz bestimmten Zweck der Funktionärschulung eingestellt, wollen also A u s b i l d u n g auf bestimmten Gebieten. Daneben geht aber die Erziehung zum opferbereiten, arbeitseifrigen Vertrauensmann her. Die an sich so geringe Zahl der sozialistisch eingestellten Heime wird jetzt bedeutungsvoll erweitert. Im Juni

wird ein ganz neu mit staatlichen Mitteln erbautes Heim im Grenzgebiet Schleswig-Holsteins eröffnet; Harrisleefelde b. Flensburg. Es hat Kurse von gleicher Dauer wie Tinz und kann 30 Schüler aufnehmen. Sie können auf eigene Kosten und Verantwortung an der Schule teilnehmen, eine Anzahl Schüler will die Partei entsenden. Wer sich auf eigene Kosten zur Teilnahme meldet, kann sich auch um eine finanzielle Beihilfe bewerben.

Das wichtigste für das gewerkschaftliche Bildungsleben ist aber die Errichtung von zwei Bundesschulen, von denen eine im Rheinland und eine bei Berlin gebaut wird. Hierüber ist bereits in Nr. 1 der „Gewerkschaft“ berichtet worden. Ein besonderer Artikel wird später über Einzelheiten Auskunft geben.

### Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Gelderheber der Gaswerke und Kassierer in Badeanstalten sind versicherungspflichtig nach dem Angestelltenversicherungsgesetz, wenn sie bei ihrer Tätigkeit schriftliche Arbeiten in größerem Umfange zu erledigen haben. So hat kürzlich das Versicherungsamt Darmstadt durch seinen Vorsitzenden am 27. April 1928 (Pr. L. Nr. 100/27 A. V.) entschieden, auf Antrag von fünf unserer Verbandskollegen, wovon vier als Erheber bei der Aufnahmeabteilung des städtischen Gaswerkes und einer bei der Kartenausgabe des städtischen Hallenschwimmbades beschäftigt sind. In der Begründung heißt es u. a.:

Was zunächst Sch. anbetrifft, so ist er als Angestellter bei der Kartenausgabe des städtischen Hallenschwimmbades Bureauangestellter, und da er nicht Niederdienste wie Reinigungsarbeiten oder dgl. ausführt, versicherungspflichtig nach dem VVG. — Geldeinnehmer eines Gaswerks sind nach der überwiegenden Meinung gleichfalls angestelltenversicherungspflichtig, wenn sie nicht nur ganz mechanische Tätigkeit ohne nennenswerte geistige Arbeit ausüben. So sagt eine Entscheidung des Versicherungsamtes Berlin (vgl. Allendorf, VVG. § 1 S. 34 ff., Aufl. 1925), daß Bureauangestellte als Geldeinnehmer einer Gasbetriebesgesellschaft angestelltenversicherungspflichtig sind, wenn sie nach dem Gasmesserstande den Verbrauch und den danach zu zahlenden Gaspreis feststellen, Quittungsvordrucke und Zahlkarten für die Kunden ausfüllen und Listen führen, aus denen sich die Summe der gezahlten und nichtgezahlten Beträge und der einflussierte Gesamtbetrag ergibt. — Ähnlich ist die Tätigkeit der Erheber im vorliegenden Falle. Sie haben durch Ablegung des Messers und Vergleichen des Ergebnisses mit dem der vorangegangenen Ablegung den Verbrauch festzustellen und sodann den vom Verbraucher zu zahlenden Rechnungsbetrag durch Ablesen aus einer Tabelle sofort zu ermitteln und einzuziehen. Die Einnahmen werden täglich an die Kasse der städtischen Betriebe abgeliefert, so daß eine eigene Kassensführung nicht besteht. Die schriftliche Tätigkeit besteht namentlich in der Ausstellung der Rechnungen, wobei die Rechnungsköpfe bereits im voraus zu Hause ausgestellt zu werden pflegen, um einen rascheren Fortgang der eigentlichen Erhebungstätigkeit zu gewährleisten. Dazu kommen die erforderlichen Eintragungen im Aufnahmebuch, die Zusammenstellung der Heberegisterliste sowie die Einschreibungen der bezahlten und unbezahlten Rechnungsposten im Ablieferungsbuch zur Feststellung des alltäglich abzuliefernden Sollbetrags. Rückständige Rechnungen werden noch einflussiert und getrennt aufgeführt und abgeliefert. Etwaige Beanstandungen der Verbraucher werden mittels Zettels oder im Aufnahmebuch besonders schriftlich vermerkt. Die Erheber geben an, drei Viertel der Arbeiter unmittelbar bei den Verbrauchern, ein Viertel in ihrer Wohnung zu erledigen. — Aus diesen Feststellungen ergibt sich, daß die Erheber des Gaswerks als angestelltenversicherungspflichtig angesehen werden müssen, weil ihre Tätigkeit in überwiegendem Maße in der Leistung schriftlicher Arbeit besteht und durch geistige Betätigung gekennzeichnet wird. Es kann nicht darauf ankommen, ob die Erheber ihre Arbeit auf einem Bureau oder in ihrer Wohnung oder bei den Verbrauchern leisten, weil entscheidend lediglich der Inhalt der Tätigkeit, nicht aber die äußeren Bedingungen sein können, unter denen sie verrichtet wird. Diese Entscheidung steht auch in Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Oberversicherungsamtes Breslau vom 26. Oktober 1926, Aktenzeichen A. V. N. 15/26. Hiernach war zu erkennen wie geschehen.

### Internationale Rundschau

Der Kongress des dänischen Gewerkschaftsbundes am 8., 9. und 10. Mai in Kopenhagen war von annähernd 600 Delegierten und Gästen besucht. Aus dem vom Vorsitzenden Ma b s e n erstatteten Bericht geht hervor, daß die 3jährige Berichtsperiode durch umfassende Arbeitskämpfe, große Arbeitslosigkeit und verfechtete und offene Angriffe der Reaktion und der arbeiterfeindlichen Regierung gekennzeichnet war. Durch den Austritt des dänischen Fabrikarbeiterverbandes hat die Landeszentrale ein Drittel ihrer Mitglieder verloren, während drei kleinere Verbände sich neu angegeschlossen haben. Die Landeszentrale umfaßt nun 52 Verbände mit insgesamt 156 955 Mitgliedern oder ungefähr die Hälfte der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter Dänemarks. Nach Annahme des Geschäftsberichts behandelte der Kongress die Frage der G r e n z z e i t i g k e i t e n zwischen den Verbänden, ein Problem, das angesichts der großen Zahl der in Dänemark bestehenden

Organisationen eine bedeutendere Rolle spielt als in den meisten anderen Ländern. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß die Grenzstreitigkeiten in der Organisationsstätigkeit einen viel zu großen Platz einnehmen. Ferner wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die streitenden Parteien sich nachher auch den Entscheidungen des Grenzschusses fügen. Einen breiten Raum nahm die Frage des Zusammenschlusses aller dänischen Gewerkschaften im Gewerkschaftsbund ein. Im Jahre 1926 hatte die Landeszentrale eine besondere Kommission zur Förderung der Einheitsbestrebungen eingesetzt, die nun dem Kongreß Bericht erstattete. Die Kommission hat sich an alle nichtangeschlossenen Verbände gewandt und teilweise auch mit ihnen wegen des Anschlusses an die Landeszentrale verhandelt. Da jedoch ein diesbezüglicher Beschluß erst vom Verbandstag und durch Urabstimmung angenommen werden kann, konnte die Arbeit der Kommission noch keine positiven Ergebnisse zeitigen. Dessenungeachtet ist anzunehmen, daß sich die Einheitsbestrebungen in den nächstfolgenden Jahren in günstigem Sinne auswirken werden. Es wurde besonders der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß es bald gelingen möge, den Wiederanschluß des Fabrikarbeiterverbandes herbeizuführen. In diesem Sinne wurde beschlossen, daß die Kommission ihre Arbeit fortsetzen soll. Die zur Urlaubsfrage angenommene Resolution besagt u. a., daß der Vorstand zu gegebener Zeit mit dem Arbeitgeberverband verhandeln soll, um eine generelle Lösung der Urlaubsfrage für die Berufe herbeizuführen, denen es noch nicht möglich war, eine Urlaubsregelung zu treffen. — An Stelle des Genossen Madjen, der jahrelang an der Spitze der Landeszentrale gestanden hat, wurde der bisherige zweite Vorsitzende W. Nygaard zum Vorsitzenden gewählt. — Am letzten Kongreßtage wurde bekannt, daß der höchste Gerichtshof den Landarbeiterverband und den Gewerkschaftsbund verurteilt hatte, in solidum einigen Bauern, über die der Landarbeiterverband einen nach Meinung des Gerichts rechtswidrigen Boykott verhängt hatte, insgesamt 155 000 Kronen Schadenersatz zu zahlen. Dies ist bereits das zweite Urteil in derselben Sache, indem dasselbe Gericht schon früher die beiden Organisationen zur Zahlung eines Schadenersatzes von 138 000 Kronen verurteilt hat, obwohl vor Gericht nachgewiesen werden konnte, daß die betr. Bauern einen derartigen Schaden überhaupt nicht erlitten haben können. Das Urteil hat weder mit Recht noch Gerechtigkeit etwas gemein, sondern wurde nur von der Parteilichkeit sowie dem Arbeiterhaß der betr. Richter diktiert. Im Hinblick auf die Mitgliederzahl wird man verstehen, daß diese Geldbuße von insgesamt 293 000 Kronen für den Gewerkschaftsbund einen harten Schlag bedeutet. Der Kongreß nahm sofort Stellung gegen das Urteil. In einer Entschließung wird das Urteil als ein Klassenurteil und feindselige Handlung gegen eine schlecht entlohnte und während vieler Jahre unterdrückte Gruppe von Arbeitern bezeichnet. Es wird schließlich der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß dieses Klassenurteil dem Landarbeiterverband Tausende von neuen Mitgliebern zuführen werden. (JGB.)

### Rundschau

**Arbeitende Frauen!** Nach dem Gesetz seid ihr berechtigt, sechs Wochen vor der Niederkunft die Arbeit niederzuliegen. Nach dem Gesetz dürft ihr sechs Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden. Bei Krankheit darf die Arbeitsruhe bis zwölf Wochen nach der Niederkunft dauern. Während der gesetzlichen Arbeitsruhe darf euch wegen Schwangerschaft und Niederkunft nicht gekündigt werden. Bei Niederlegung der Arbeit legt ärztliche Bescheinigung vor! Mütter, stillt eure Kinder! Stillende Frauen haben während der Arbeitszeit Anrecht auf Stillpausen. (Gesetz vom 16. Juli 1927 über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft. Die Bestimmungen gelten nicht für Hausangestellte, land- und forstwirtschaftliche Arbeiterinnen.)

Der 32. Deutsche Krankenkassentag findet vom 5. bis 7. August in Breslau statt. Aus der Tagesordnung sei hervorgehoben ein Vortrag des Ministerialrats Dr. Wankelmuth sowie des Beigeordneten Dr. Memelsdorf, Berlin, über Arbeitsgemeinschaften der Versicherungssträger mit den Gemeinden; ein Bericht des Professors Dr. Schäfer, Berlin, über die Beteiligung der Krankenkassen an der Ernährungsfürsorge. Ueber die Reform der Reichsversicherungsordnung spricht der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Helmut Lehmann; über die Aufgaben der Vertrauensärzte der Krankenkassen Dr. Dröhl, Berlin, und Dr. Eisenberg, Hamburg. Ferner wird Professor Dr. Siepmann, Berlin, einen Vortrag halten über die Bedeutung der Frauenkunde für die Krankenversicherung; Landesgewerbearzt Professor Dr. Thiele, Dresden, sowie Geschäftsführer Maack vom Reichsausfluß der deutschen Jugendverbände, Berlin, über die Fürsorge für gesundheitlich gefährdete Jugendliche, u. a. m.

**Die Geburtenbeschränkung.** Es war Malthus, der die Theorie aufstellte, daß die Bevölkerung die Tendenz habe, stärker zu wachsen, als die Nahrungsmittel sich vermehren können. Ihm gebührt das Verdienst, die mit dem Wachstum der Bevölkerung zusammenhängenden Fragen in ein wissenschaftliches System gebracht zu haben. Er hat im Gegensatz zu der allgemeinen Auffassung von den Vorteilen einer unbegrenzten Volksvermehrung, einer Betrachtungsweise, die in der Hauptsache von militärischen Machtpolitikern aufgestellt wird, auf die nationalökonomischen Gefahren hingewiesen, die aus einer solchen Uneingeschränktheit entspringen. Freilich unterließ es Malthus, aus seiner Bevölkerungstheorie den naheliegenden Schluß zu ziehen, daß es im Wesen des Kapitalismus liegt, auf die Vermehrung der Bevölkerung hinzuwirken und daraus einen Nutzen zu ziehen. Die eifrigsten Befürworter der Bevölkerungsvermehrung sind das Kapital und die Militärs. Aber ungeachtet der Malthusischen Lehren hat die Bevölkerung sich in den Bahnen entwickelt, die der große Bevölkerungstheoretiker vorausgesehen hat und die das Militär und das Kapital als verhängnisvoll bezeichnet haben. Nimmt man die amtlichen Statistiken der letzten Jahrzehnte in die Hand, so zeigt sich, daß die Zahl der Geburten in allen Ländern beträchtlich zurückgegangen ist. Es handelt sich hier also keineswegs mehr um eine nationale, sondern um eine internationale Erscheinung. In Deutschland wurden 1913 auf 1000 Einwohner 27 Lebendgeborene gezählt, 1926 jedoch nur noch 19. In dem Jahrzehnt von 1870 bis 1880 kamen auf 1000 Einwohner 40 Lebendgeborene. In fünfzig Jahren ist also die Zahl der Lebendgeborenen um 20 auf 1000 Einwohner, also um rund die Hälfte, zurückgegangen. Die gleiche Tendenz zeigt sich auch in anderen Staaten. In England betrug die Zahl der Lebendgeborenen im Jahre 1913: 24 auf 1000 Einwohner, 1926 nur noch 17,8. Diesen rapiden Rückgang in dem tüchtigen England hat Malthus vor 130 Jahren zweifellos nicht gesehnt. Auch in dem Agrarstaat Dänemark ist die Geburtenziffer von 26,7 im Jahre 1912 auf 21 im Jahre 1926 gesunken, und in Italien ging sie in der gleichen Zeit, trotz Mussolini, von 31,7 auf 27,5 zurück. In Luxemburg fiel die Geburtenziffer sogar von 30,2 auf 18,5 und in Holland von 28,1 auf 23,8. Frankreich, das ja schon frühzeitig seinen Militärgewaltigen in dieser Beziehung Sorge gemacht hat, verzeichnet einen Rückgang von 18,8 auf 17. Auch die kleine Schweiz macht die Entwicklung zum Zweikindersystem mit. Die Geburtenziffer auf 1000 Einwohner sank von 24,1 auf 18,4, in Belgien von 22,6 auf 19,5 und in Spanien von 31,5 auf 29,9. Allein die Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigen eine Tendenz der Vermehrung der Geburtenziffer. Nach den amtlichen Statistiken vermehrten sich die Lebendgeborenen von 21 auf 1000 der Einwohner im Jahre 1911, auf 24 im Jahre 1926. Das wäre noch eine Entwicklung, an der die Militärs ihre Freude haben können. E. H.

### Verbandsteil

#### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 39 Abs. 5 des Statutes finden in den nachstehend aufgeführten Wahlkreisen keine Delegiertenwahlen zum 11. Verbandstag in Köln a. Rh. statt.

Die in diesen Wahlkreisen dem Verbandsvorstand namhaft gemachten Kollegen gelten als gewählt.

#### A. Selbständige Wahlkreise.

Wahlkreis-Nr.: 1, 3 (für die Wahlbezirke I b, I c, II, III, IV, VI bis X und XII), 4, 5, 6, 8, 9, 10, 16, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 28, 29 (für die Wahlbezirke Staatskal, Friedhöfe, Hamburger Wasserwerke, Polizei, Cuxhaven, Lübeck, Kleinbetriebe, Beamte und Angestellte), 30, 32, 33, 34, 35, 37 (für die Wahlbezirke Reichs- und Staatsarbeiter, Gesundheitswesen), 38, 39, 41, 43, 44, 45, 46, 48, 49, 51, 52, 55, 56.

#### B. Zusammengesetzte Wahlkreise.

Wahlkreis-Nr.: 57, 60, 66, 68, 73, 76, 80, 81, 82, 83, 85, 87, 107, 109, 121, 122.

Der Verbandsvorstand.

### Ortsangestellter gesucht!

Die Filiale Königsberg i. Pr. sucht zum 1. Oktober 1928 einen Ortsangestellten, der zur selbständigen Bearbeitung aller Filialgeschäfte befähigt ist.

Handschriftliche Bewerbungsgesuche sind bis zum 1. Juli 1928 der Ortsverwaltung Königsberg i. Pr., Vorder Roßgarten 61/62 einzusenden.



## Eingegangene Schriften und Bücher

**Jahresbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin über das Jahr 1927.** Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 472 869. Die Einnahmen betrugen über 46 Millionen gegen 41 Millionen Mark im Vorjahre, sind also um 5 Millionen Mark gestiegen. Noch erheblicher stiegen aber die Ausgaben auf allen Gebieten. Die Zahl der mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheiten stieg auf 315 296, die Zahl der Krankenunterstützungstage auf 8 497 198 gegen 7 616 000 im Vorjahre. Die Ausgaben an Krankengeld sind von 12 955 000 Mk. auf 15 498 000 Mk., also um 2½ Millionen Mark gestiegen. Auf jedes Mitglied entfielen an Krankengeld 1927 32,78, 1926 26,37 Mk. Jedes Mitglied kostete also 6,31 Mk. nur an Krankengeld mehr. Die Kosten der Krankenhauspflanze sind um über 4 Millionen Mark gestiegen, ebenso haben sich die Kosten der Ausgaben für Wochenhilfe ganz erheblich gesteigert. Seit 1919 hat eine Steigerung der Unterstützungstage um 50 Proz. stattgefunden. Die Lungenkrankheiten sind, wenn auch unbedeutend, zurückgegangen, dagegen ist, entgegen allen Erwartungen, die Zahl der arbeitsunfähigen Geschlechtskranken etwas gestiegen. Stärker als durch Tuberkulose und durch Geschlechtskrankheiten wird die Kasse in Anspruch genommen durch Nerven- und Verdauungskrankheiten sowie durch Krankheiten der Knochen und Bewegungsorgane. Für Nervenkranken wurden 958 301 Unterstützungstage, für Verdauungskranke 987 292 und für Rheumatiker 721 154 Unterstützungstage gezahlt. Während die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle von Jahr zu Jahr steigt, ist es erfreulich, daß die Zahl der Sterbefälle zurückgeht. Die Zahl der Gestorbenen betrug im Jahre 1919 4958, 1927 nur 3438. Auf je 100 Kassenmitglieder entfielen Gestorbene 1919 1,42, 1927 0,88 bei den männlichen, bei den weiblichen 1919 0,70, 1927 0,60. Die Zahl des Rückganges der männlichen Sterbefälle kann wegen des vorhergegangenen Krieges nicht in dem Umfange gewertet werden wie die der weiblichen. Immerhin ist festzustellen, daß auch bei den weiblichen Versicherten eine nicht unerhebliche Abnahme der Sterbefälle stattgefunden hat. Die Zahl der Heilstättenbehandlungen ist ebenfalls erheblich gestiegen. Die acht Heilstätten der Krankenkasse sind ununterbrochen besetzt. Die Kasse besetzt auch Plätze in Heilstätten anderer Kassen und in größerem Umfange auch in Privatanstalten. Die Kosten der ärztlichen Behandlung, Arzneien und der ärztlichen Sachleistungen sind ebenfalls ganz gewaltig gestiegen und betragen für Mittel- und Familienangehörige im vorigen Jahre pro Kopf 19,90 Mk. Der Jahresbericht gibt dann eine eingehende Schilderung der Belassung der Streitigkeiten mit den Ärzten über Regelung der Ambulatorienfrage. Das Arzthonorar beträgt für das Jahr 1928 9,75 Mk., für die Jahre 1929 und 1930 11 Mk. Es ist also gegenüber 1914, wo es 5 Mk. betrug, schon jetzt um 100 Proz. gestiegen.

**Soziale Bauwirtschaft. Bezugsgebühr vierteljährlich 1,50 Mk. Preis der einzelnen Nummer 0,60 Mk.**

Ist die Umstellung der Menschen für die Gemeinwirtschaft möglich? Diese von Professor Wilbrandt in Heft 9 der „Sozialen Bauwirtschaft“ angeschnittene Frage wird in Heft 10 von Robert Laub weiter erörtert und auf Grund von Erfahrungen durchaus bejaht. Notwendig sei nur, auf die Anlage des Menschen einzugehen und keinen der nun einmal vorhandenen menschlichen Triebe zu unterdrücken. In dem Aufsatz wird auf die wichtigen Untersuchungen Professor Saffers hingewiesen, der die amerikanischen Produktionsgenossenschaftskolonien eingehend studiert und ihre Stärken und ihre Schwächen ermittelt hat. Die in dem Aufsatz erwähnte Studie Professor Saffers ist ein Beweis für den tiefen Drang des amerikanischen Arbeiters, sich selbst unter persönlichen Opfern von der kapitalistischen Welt loszulösen. Einen ähnlichen Versuch stellt die in einigen französischen Buchdruckereien seit Mitte des vorigen Jahrhunderts bestehende sogenannte Werkstattmode dar, aber die in dem Heft ebenfalls berichtet wird. Wie der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Halle a. S. Gaule durch Gerichtsurteil zur Zurücknahme seine unwahren, die Bauhütten schädigenden Behauptungen gezwungen wurde, zeigt die Widergabe der wesentlichsten Stellen des Gerichtsurteils. Ueber die vielseitigen Verhandlungen der Kommunalen Woche in Düsseldorf und den sich an diese Verhandlungen anschließenden Versuch holländischer Siedlungen in Amsterdäm und Silberum berichtet ausführlich Genosse Fritz Paus. Weitere kurze Mitteilungen über die vom Reichswirtschaftsrat empfohlene planmäßige Verteilung von Bauaufträgen für das ganze Jahr und die Widergabe der von den Konsumgenossenschaften aufgestellten Richtlinien für die Vergebung ihrer Bauarbeiten vervollständigen den Inhalt dieser Nummer.

**„Im Zeltlager“, ein technisches Handbuch für rote Falkenführer, von Hermann Leddermeyer. 56 Seiten, Preis 0,90 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.**

Die vom Verfasser gewählte Bezeichnung „Technisches Handbuch“ ist nicht umfassend genug, denn das 56 Seiten starke, reich illustrierte Heft gibt mehr. Es werden in dem Büchlein alle praktischen Fragen sachgemäß erörtert. Da es kaum eine Kleinigkeit vermissen, das Wichtigste in durch Bestimmungen, Entwürfe und Bilder ergänzt. Von der ersten pädagogischen

und praktischen Vorbereitung bis zum umfangreichen Organismus der Zeltlager ist alles klar, dabei aber knapp und doch anschaulich behandelt. Man merkt in jedem Abschnitt, daß erfahrene Praktiker das Wort haben. Ob es sich um das geeignetste Gelände zum Lagerplatz, um Transport, Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung, um Witterungseinflüsse und Sanitätsvorkehrungen, um Zeltbau und Ausrüstung des einzelnen handelt, alles ist sorgfältig geprüft und beschrieben, so daß sicher für die Jugend in Deutschland, die bisher aus Jagdzeit und aus Mangel an Erfahrung dem Zeltlagergedanken noch nicht die volle Aufmerksamkeit widmeten, das Büchlein, Leitfaden und Anreiz sein wird. Der höhere Wert der Schrift liegt darin, daß alle praktischen Erörterungen von dem schönen Gedanken ausgehen, so zu organisieren und zu gestalten, daß die Erziehung zur sozialistischen Gemeinschaft gefördert wird. Das Büchlein strahlt Tatkraft, Erziehungswillen und sozialistische Lebensauffassung aus. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

**Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beihältern „Soziales Wandern“, „Der Leib“, der Liebesgaben und den vierteljährlich beigegebenen Buchbeigaben. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena.**

Das Maiheft hat einen besonders abwechslungsreichen Inhalt. Natur- und Gesellschaftswissenschaft sind gleich stark vertreten. Hermann Drechsler macht aus an Hand prächtiger eigener Aufnahmen mit der Pflanzenwelt der Jahreszeit bekannt. Dr. J. A. Häfner zeigt, welche Vögel jetzt schon brüten. Erwanderte Geologie treibt Martin Diez, wenn er uns mit dem Wasser und seinen Wirkungen bekannt macht. Geistreich behandelt Leon J. Springer die Rolle der Diamanten in der Prostitution des Weltmarktes. Mit dem Problem der Vermögensverlorenung macht uns Ingenieur A. Gornitz bekannt, dessen Ausführungen wir nicht immer zustimmen können. Ein Duzend interessanter illustrierter Notizen füllen die Abteilung „Merke! Wissenswertes“. Anna Stemmer, die feinsinnige Schul- und Sozialpolitikerin, bereitet den Säbeler des sozialen Wanderns vor. Siegfried Hegler gibt gleich ein praktisches Beispiel dazu über billiges Wandern in der Schweiz. Im Beiblatt „Der Leib“ stellt A. Gerold unter dem Titel: „Der Spieler und wir“ die moderne Signal-Netze der Großstädte der Körperkultur freier Menschen in der Natur gegenüber. Nahezu 50 Originalaufnahmen illustrieren das Heft, das mit Verweg's mehr als je zeitgemäßem Aufsatze schließt.

**Bauabend. Schriften für das Jungvolk vom Bau. Nr. 4. — Die gebräuchlichsten Mauerverbände, von Wilhelm Cuntze. Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund, Hamburg 25, Wallstr. 1 (Reichsjugendleitung). Preis 50 Pf.**

**25 Jahre Arbeiter-Abstinentenbewegung. Der Deutsche Arbeiter-Abstinenten-Bund (Berlin SO 16, Engelsufer 29) hat aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens eine Festschrift („Unser Weg und Ziel“, 32 S. 40 Pf.) herausgegeben, die in fesselnder Weise die Geschichte der proletarischen Enthaltsamkeitsbewegung schildert. Die Gründer des Bundes waren ein winziges Häuflein meist jüngerer Arbeiter ohne Rang und Einfluß. Die Bekämpfung des Alkoholismus galt damals als Sachangelegenheit der Wohlhabenspraktiker, die weitere Kreise nicht berührte. Diesem sah man darin auch ein Stück Nützlichkeit von Weltverbessern oder ein Siedensperd lebensfeindlicher Fünftlinge, das bei der lebensbejahenden frei gestimmten Arbeiterschaft Widerwillen erwecken mußte. Simon Wachenstein gibt in der Schrift einen kurzen Überblick über die Aufnahme, die die Bestrebungen des Arbeiter-Abstinenten-Bundes bei der Sozialdemokratischen Partei gefunden haben. Mehrere Parteitage befähigten sich auf Veranlassung der Arbeiter-Abstinenten mit der Alkoholfrage; es ist für uns besonders bemerkenswert, daß Otto Braun, der heutige preussische Ministerpräsident, schon 1900 in ersten und eindringlichen Worten die Alkoholfrage berührte und die Notwendigkeit des Eingreifens betonte. Eine eingehende Verhandlung der Alkoholfrage brachte der Parteitag zu Essen im Jahre 1907 mit Emanuel Wurm als Berichterstatter. Der Leipziger Parteitag 1909 nahm dann einstimmig einen Antrag Soebes an, wonach als Antwort auf die den Branntweinbrennern gewährten Liebesgaben die Arbeiterschaft zum Schnapsabschloß aufgefordert werden sollte. Sollmann gibt in der Schrift einige persönliche Erlebnisse zum besten: „Meine Lebenserfahrung geht dahin, daß die Abstinenz in allen Lebenslagen durchzubalten ist. Ich war Abstinenz als Kaufmann, als Redakteur, als Abgeordneter, als Minister, als Jugendführer und als Parteiführer, in Arbeiterkreisen und in Staatsbehörden, in Verbergen und in internationalen Jugendhotels, auf Alkoholüberschwemmten Festen, auf vielen parlamentarischen Bierabenden, auf feierlichen Banketten und — von jedem Reibe frei — als Zuschauer bei Sittgelagen.“ Professor Crotzahn, der Sozialhygieniker, kann über ähnliche Erfahrungen berichten. Otto Jensen nennt den Alkoholismus eine schwere Hemmung des Klassenkampfes: „Nur ein nächtliches, aber von Kulturidealismus und Wissen erfülltes, kameradschaftlich fühlendes Proletariat wird den Sieg erkämpfen.“ Wir möchten wünschen, daß die anregende Festschrift des Arbeiter-Abstinenten-Bundes recht viele Leser in der Arbeiterschaft findet.**

**Le Traducteur. Französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsbuch. Das in der Schule gelernte Französisch lebendig zu machen und das Lesen und Sprechen geläufig werden zu lassen, als ob man da drüben gelebt und studiert hätte, erreicht man, wenn man den Traducteur sich kauft. Probeheft kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chapelle-de-Beaumont.**



**Liquid**  
das Rad für Alle

unersichtlich von schneidigem Bau und spielendem Lauf. 3 Jahre Garantie. Besonders niedrige Preise, weil direkt ab Fabrik.

**Spezialrad schon für M. 38.-**

Fahrradteile, Photos und Sportartikel, Mischwaren, Waren-Geschenk u. Haushaltartikel sehr preiswert in vier bester Qualität. Mundartausdruck, reichhaltige Kunden-Anfragen Sie kostenlos und ohne Kaufzwang am Katalog der **Sigurd-Gesellschaft Fahrrad-Fabrik Klausel No 107**

bequeme Teilzahlung

Unsere Leser erhalten 1 Mk. Nachlas und eine Kapsel gratis bei Einsendung dieses Inserats und Bestellung einer Uhr zum Preise von 6,50 Mk. oder mehr.

**Reklamepreis nur 4.- Mk.**

kostenlos echte deutsche Harzer-Ankeruhr Nr. 52, stark verpackt, ca. 30-stündiges Werk, genau reguliert, nur 4,00 Mk.  
 Nr. 51 dies. echt versilbert mit Goldrand u. Scher, nur 5,00 Mk.  
 Nr. 55 dieselbe mit besserem Werk, nur 6,50 Mk.  
 Nr. 56 dieselbe kleine Form, nur 9,00 Mk.  
 Nr. 58 mit Sprungdeckel, noch vergoldet, nur 12,80 Mk.  
 Nr. 39 Damenuhr, versilbert, mit Goldrand, nur 7,50 Mk.  
 Nr. 79 dieselbe, kleines Format, nur 10,00 Mk.  
 Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 10 Stufen Metall-Uhrkapsel, nur 15,00 Mk.  
 Panzerkette, vernickelt 0,50 M., echt versilbert nur 1,50 Mk.  
 echt versilbert nur 2,00 M., Golddoublekette nur 5,00 Mk.  
 Nr. 47 Armbanduhr mit Riemchen, nur 8,00 Mk.  
 Nr. 44 dieselbe, kleinere Form mit besserem Werk, nur 12,00 Mk.  
 Nr. 22 Wecker, prima Messingwerk, nur 3,50 Mk.

Uhren-Hilse, Berlin 29, Zossenerstr. 8 (07)

**Einführung in die Volkswirtschaft**

Von Prof. Dr. Erik Nölling, Frankfurt am Main

Aus dem Inhalt: Die kapitalistische Wirtschaft / Das Konkurrenzprinzip / Das Monopol / Die Verschiebung der ökonomischen Grundlage / Wirtschaft und Arbeiterschaft / Die Rationalisierung u. a.

Preis 0,75 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 0,40 Mk.

Die allgemeine Volkswirtschaft, ihr Wesen und Zweck, ihre Formen und Inhalt werden aufgezeigt. Ebenso wird die Bedeutung der Wirtschaft für die Arbeiterschaft und die ökonomischen Grundlagen dargestellt und erörtert.

Zu bezich. durch alle Buchhandlungen u. die **Abteilung Bücher u. Schriften** Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Berlin SO 36, Schlesische Straße 42

**Radio auf Miete!**

Nur Weltmarken. Nach 6 Monaten Ihr Eigentum. Detektor-Röhrenempfänger, Lautsprecher, Kostenloser Vertreterbesuch (F)

**Lorenz & Schneider, W 62, Kurlürst 114, Kurlürst 224.**

**Billigste Oderbrucher Gänsefedern**

beste Qualitätsware mit Umtauschrecht wie von der Gans gerupft m. voll. Daun., Pfd. 3.-, dies. 2x gereinigt 3.50, prima Halbdaun. 5.-, sehr zarte 6.-, 1/4 Daun. 6.50, gerein. u. geriss. Federn m. Daun. 4.25, hochpr. 5.75, allerfeinste Sorte 7.-, 1/2 Volldauen 8.75, beste Daun. 10.-. Garantie: restlos staubfreie Ware, da modernster Fabrikbetrieb. — Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. **Radolfisch, Gänsemaastalt** regtr. 1852. Neu-Trebbin 3, Oderbruch

**DIE ERNÄHRUNG**

**AUSSTELLUNG**

GESUNDE UND ZWECKMÄSSIGE ERNÄHRUNG MIT SONDERSCHEU! DER MENSCH UND SEINE ERNÄHRUNG

**BERLIN 1928**

AUSSTELLUNGSHALLEN, KAISERDAMM 5. MAI bis 12. AUGUST

**Eisen-Betten**, stahlmatt, günstig an Private. Katalog (47 frei) Eisenmöbel-Fabrik Suh (Thür.)

**Arbeitsrechtliche Gesetze und Verordnungen des Reichs**

Von Feig-Sitzler Dritte Auflage Preis 9 Mk. / Ueber 600 Seiten

Zu beziehen durch die **Abteil. Bücher u. Schriften** Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter Berlin SO 36, Schlesische Straße 42.

**Notleidenden Kollegen** bringt Rat u. Hilfe d. Werk „Edelsteine des Lebens“ für Mk. 1,50, v. Fritz Glatz Schriftf. der Fil. Konstanz

Wir liefern Ihnen **erstklassige Fahrräder** von organisierten Arbeitern im eigenen Betrieb aus den allerbesten Rohmaterialien mit äußerster Sorgfalt hergestellt. Auf Wunsch gegen Teilzahlung. Bei Barzahlung 10 Proz. Kassenconto.

Verlangen Sie bitte unseren Spezialkatalog gratis

**Fahrradhaus „FRISCHAUF“ Offenbach a. M.** Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“

Bei Gicht, Ischias, Nerven- u. Kopfschmerz, Rheuma, Grippe, Erkältungskrankheiten haben sich Togonal-Tabletten hervorragend bewährt. Ein Versuch überzeugt!

**Togonal**

Unschädlich für Magen und Darm über 3000 mal bei hervorragender Wirkung der Togonal-Tabletten.

In allen Apotheken Preis Mk. 140

Togonal scheidet die Homöopathie aus!

**Homocord Electro**

**Die neuen Schallplatten der Gewerkschaftsmitglieder**

Choraufnahmen von Mitgliedern des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes

Nur auf Homocord-Electro

Man verlange ausdrücklich Homocord

**Gesangverein Typographia, Berlin** Dirigent: Alexander Weinbaum, mit Homocord-Orchester.

**Männerchor Fichte-Georgia**

Dirigent: Wilhelm Knöchel 4-2510 Aufakt. Wilhelm Knöchel

Überall erhältlich

4-2522 Sturm G. Ad. Uthmann—Ludw. Lessen Vogel singt weiter (Volkslied) A. v. Othehraven

**Das heilige Feuer** (G. Ad. Uthmann—Ludwig Lessen)

sonst schreiben an

4-2523 Wann wir schreiben Alfr. Guttman—Herm. Claudius Sonntag am Rhein (Volkslied) R. Schumann

**Homophon-Company G.m.b.H., Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 108**